

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1949**

23 (24.2.1949)



# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FLS

4. Jahr Nr. 23 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Donnerstag, 24. Februar 1949

## SP toleriert Wohleb-Regierung im Badischen Landtag

Sozialdemokraten stimmen für CDU-Minister — Der „Lastenausgleich“ ein Betrugsmanöver

Freiburg. Der Landtagspräsident eröffnete die Sitzung des Plenums mit Gedenkworten an die durch den Unglücksfall bei Donaueschingen so tragisch ums Leben gekommenen jungen Menschen aus Radolfzell und Singen.

Bei dem ersten Punkt der Tagesordnung, der Wahl des Staatspräsidenten und der Bestätigung der von ihm benannten Regierung zeigte sich, was von den „scharfen Angriffen“ der sozialdemokratischen und demokratischen Presse gegen den bisherigen Staatspräsidenten Wohleb und seine Minister zu halten war. Wohleb wurde mit 32 Stimmen erneut zum Staatspräsidenten gewählt. Die Sozialdemokraten und Demokraten aber, die angeblich gegen die CDU in Opposition stehen wollten, gaben für den CDU-Abgeordneten Dichtel acht Stimmen und für den CDU-Landtagspräsidenten Dr. Person sieben Stimmen ab! Nur vier Stimmzettel waren leer und zwei Abgeordnete stimmten mit nein.

Noch deutlicher wurde das Zusammenspiel mit verteilten Rollen bei der Feststellung des Vertrauens für die einzelnen Minister. Der CDU-Minister des Innern Dr. Schüly darf sich rühmen, daß ihm die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Haas, Bea, Matt und Jäckle mit einem deutlichen Ja ihr Vertrauen aussprachen! Der Finanzminister Dr. Eckert dagegen erhielt außer den Stimmen der CDU nur noch die Stimmen der Abgeordneten Bea und Jäckle. Geradezu erstaunlich aber war es, daß der führende sozialdemokratische Abg. Martzloff seine Zustimmung zu der Durchführung der rückwärtslosen Profitwirtschaft Südbadens durch sein lautes Ja für den Wirtschaftsminister Dr. Laiz zum Ausdruck brachte. Die übrigen SP-Abgeordneten enthielten sich wohl aus Opposition gegen die Minister der Regierung Wohleb der Stimme.

Begreiflicherweise kennzeichnete Abg. Eckert (KP) dieses Oppositionstheater der SP und DP und betonte in seiner Begründung die Ablehnung jeder Regierung, die sich zur Durchführung der Londoner Beschlüsse und der Marshallplanpolitik herbeigehe. Entscheidend sei für die Kommunistische Partei nicht die Person des Staatspräsidenten und die Namen seiner Minister, sondern die Politik, die von einer Regierung vertreten werde.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war das von der breiten Masse schon längst erwartete Lastenausgleichsgesetz. Ihm voraus ging als Regierungsvorlage Nr. 18 das „Gesetz zur

Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich und zur Förderung des Wohnungsbaues“. Die Regierungsvorlage Nr. 24 „erstes Lastenausgleichsgesetz“ enthielt mit wenigen Einschränkungen das bereits durch seine Annahme in der Bizone bekannte Gesetz. Bezeichnend war, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien, einschließlich der SP, die Unzulänglichkeit des Gesetzes zugeben mußten und darum die Illusion zu erwecken versuchten, als ob die berechtigten Forderungen der Geschädigten durch ein späteres endgültiges Lastenausgleichsgesetz erfüllt werden könnten. In Wirklichkeit sind sie sich darüber im Klaren, daß im kapitalistischen Machtbereich des Westens ein wirklicher Lastenausgleich verhindert werden soll, was von dem Abg. Hilbert während seiner Rede in einem un-

bedachten Augenblick auch ganz offen zum Ausdruck gebracht wurde.

Abg. Dr. Leibbrand (SP) forderte in seinen Ausführungen die Entschädigung der im Osten enteigneten Industriellen aus einem besonderen Fond des Lastenausgleichs. Dieser offizielle Sprecher der Sozialdemokratischen Partei brachte es fertig, den Sinn des Lastenausgleichsgesetzes folgendermaßen zu umreißen: „Mögen sich die Schuldigen des Krieges und diejenigen, die heute wieder mit solchen Bestrebungen liebäugeln, der Milde bewußt sein, die man ihnen entgegenbringt, indem man die Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern aller verteilt.“!

Selbstverständlich setzte sich der demokratische Sprecher dafür ein, daß ein möglichst großer Teil des an und für sich geringen Aufkommens dieses vorläufigen Lastenausgleichsgesetzes den Unternehmern für den Wiederaufbau ihrer Profitwirtschaft zugeschanzt werde. (Fortsetzung Seite 2)

## Verschärfung der Streiklage

Unternehmerverband droht mit Aussperrung — Geldspenden und Solidaritätsaktionen der Arbeiter

München. Der bayrische Unternehmerverband der Metallindustrie hat damit gedroht, sämtliche Arbeiter im Verbandsbereich sofort auszusperrn, falls die Streiks nicht abgebrochen werden. Inzwischen haben sich die Belegschaften der Zahnradfabrik Hurrh und der Süddeutschen Brenzwerke in München mit gesprochen. Die 800 Mann starke Belegschaft falls dem Streik angeschlossen. Das ist die erste Antwort auf die reaktionäre Maßnahme der Unternehmer.

Die Drohung der Metallindustriellen erfolgte, nachdem die Industriegewerkschaft Metall den Einigungsvorschlag des Arbeitsministeriums abgelehnt hatte, weil dieser den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht entsprach.

### Die Antwort der JG Metall

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Westzonen hat den streikenden Metallarbeitern die volle moralische und materielle Unterstützung zugesichert. Er richtete ferner eine eindringliche Warnung an die Unternehmer, ihre in Wiesbaden gefaßten Beschlüsse zur Ablehnung eines Lohnausgleiches in die Tat umzusetzen.

Die Belegschaften der AEG, der AMAG und

der Firma Hilpert in Nürnberg wollen für einzelne Abteilungen der von der Betriebsleitung bereits ausgesperrten 6000köpfigen Belegschaft der MAN-Werke Patenschaften übernehmen und durch Geldspenden den Lohnausfall ausgleichen.

Die Industriegewerkschaft Metall in Köln erklärt in einer Entschliebung, daß sie die Streikenden mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werde und betont abschließend, daß der Kampf der bayrischen Metall-Arbeiter auch der ihre sei.

„Für einen Erfolg ihrer Forderungen auf Lohnerhöhung mögen sich alle organisierten Arbeiter hinter die Streikenden stellen“, heißt es in der Resolution einer Generalversammlung der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Köln.

## „Ausgeburten einer tölpelhaften Phantasie“

SPD-Heine und seine „absolut zuverlässigen Informationen“

Offenburg. (UT). Die veröffentlichte Morddrohung gegen Max Reimann (UT Nr. 22) wurde von volksfeindlichen Kräften zum Anlaß für erneute provokatorische Verleumdungen benutzt. So setzte die amerikanische Nachrichtenagentur AP das Gerücht in die Welt, die KPD plane die Bildung besonderer Schutzorgane für Max Reimann und andere führende Mitglieder der Partei. Sie fälschte hierzu die Erklärung des Landesvorsitzenden der KPD Nordrhein-Westfalen, daß es gegen Attentatsversuche auf politische Persönlichkeiten keinen anderen Schutz geben könne als die Wachsamkeit der Massen.

Diese Fälschung der AP benutzte Heine, Vorstandsmitglied der SPD in Hannover, um seinerseits ähnliche Provokationen zu verbreiten, die in ihrer offensichtlichen Verlogenheit nur als Ausgeburt einer tölpelhaften Phantasie bezeichnet werden können. Heine hat zudem sich und seine „absolut zuverlässigen Informationen“ schon öfter lächerlich gemacht, so z. B. mit seiner Erklärung, er habe Beweise für die Echtheit des berüchtigten „Protokoll M“ in Händen.

Solche und ähnliche Greuelmärchen wären zu lächerlich, um überhaupt Notiz von ihnen zu nehmen, wenn sie nicht einen sehr ernsten politischen Hintergrund hätten. Wer auf die

immer häufiger auftauchenden Morddrohungen nicht anders als mit weiteren Verleumdungen antworten kann, der fördert die neofaschistischen Bestrebungen des politischen Mords und der Feme. Beispiele für das Auftreten solcher Tendenzen gibt es zur Genüge. Bis jetzt hat sich jedoch noch keine deutsche und keine Besatzungsbehörde bereit gezeigt, entschlossene Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Dies bestätigt, daß nur die geschlossene Abwehrfront der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der Lage ist, dieser Gefahr zu begegnen.

### „Gefährliche“ Postkarten

Hamburg. Die Kommunistische Partei in Hamburg hatte Postkarten drucken lassen, auf denen unter einer Abbildung Max Reimanns daran erinnert wird, daß Reimann wegen seines Eintretens für Deutschland ins Gefängnis geworfen wurde. Diese für gewisse Kreise gefährlichen Postkarten waren der Anlaß einer Besetzung und Durchsuchung des Parteihauses durch ein britisch-deutsches Polizeiaufgebot. Ihre Aktion war so erfolgreich, daß von einer 10 000 Stück zählenden Auflage insgesamt 15 Karten beschlagnahmt wurden und zahlreiche Personen nach Abzug des Polizeiaufgebots versuchten, Reimann-Karten zu erwerben.

## Mindszenty an die ungarischen Bischöfe

Budapest. Mindszenty richtete aus dem von Eger und den Erzbischof von Halaos, in dem mit der Regierung abzuschließen.

In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Nachdem ich nicht eher den Weg der Aussöhnung anstelle des Kampfes gewählt habe, möchte ich heute nach 50-tägigem ununterbrochenem Nachsinnen der Sache des Friedens wenigstens den Weg ebnen. Ich sehe heute ein, daß wir die Probleme nur von einer Seite betrachtet haben, ohne zu versuchen, der ungarischen Demokratie Verständnis entgegenzubringen. Ich würde es gerne sehen, wenn das Episkopat die Initiative zu Besprechungen mit der Regierung ergreifen würde und ich würde diese gerne unterstützen.“ Zum Schluß er-

klärte Mindszenty, er halte die Aussöhnung zwischen seiner Kirche und dem Staat für notwendig.

### Volksfront wird immer stärker

Budapest. Die ungarische demokratische Oppositionspartei des Paters Balogh teilte Ministerpräsident Rakosi mit, daß sie sich der Volksfront anschließen. Die Balogh-Partei will an der Verwirklichung der Ziele der Volksfront, deren Programm vorbehaltlos gebilligt wird, mitarbeiten.

Tragen auch Sie sich in die Unterschriftenlisten für die Vernichtung und das Verbot der Atombomben ein!  
Sammeln auch Sie Unterschriften!  
Jeder Protest und jede Aktion gegen den Krieg dient dem Frieden!

## Frauen, Mütter — hört und handelt!

Wenn wir Frauen und Mütter heute noch mitten im Chaos der Nachkriegszeit stehen, wenn wir bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Teuerung und den niedrigen Löhnen mit Bangen in die Zukunft blicken, wenn wir hören und erleben, wie es immer schwerer wird, unseren Jugendlichen eine Lehrstelle zu verschaffen, so ergreift uns ein Schaudern, daß man heute, noch im Elend, nicht nur von der Möglichkeit eines neuen Krieges spricht, sondern sogar eine unerhörte Kriegshetze entfaltet. Noch bedrückt uns doch das Grauen des vergangenen Krieges, das Meer von Tränen ist noch nicht versiegt, Kummer und Sorgen sind unsere täglichen Begleiter und trotzdem wagen es Menschen, von der noch fürchterlicheren Waffe, der Atombombe, zu sprechen. Die entsetzlichen Wirkungen dieser Mordbomben in Hiroshima und Nagasaki haben uns zu sehr beeindruckt, als daß wir sie vergessen hätten. Wir wissen, daß sie mit einem Schläge in weitem Umkreise alles Leben auslöschen, Städte, Dörfer, ja ganze Landschaften aufwühlen und in Staub verwandeln. Wir können es deshalb nicht fassen, daß es Menschen sind, die mit dem Gedanken spielen, noch einmal eine solche Waffe anzuwenden.

Aber, liebe Frauen und Mütter, laßt euch von dem Gespenst der Atomwaffe nicht niederdrücken und gebrauchet nicht die Worte: „Da können wir Frauen ja doch nichts dagegen machen!“ Begreift, daß man euch bewußt verängstigt, willenlos und schwach machen will, um wiederum gefügige Werkzeuge für einen neuen Krieg aus euch zu machen.

Denkt Ihr noch daran, — als eure Männer an der Front für die Interessen weniger Monopolkapitalisten und selbstherrlicher Menschen kämpften und ihr Leben ließen, was ihr Frauen da für Arbeit geleistet habt? — Mußt ihr nicht in Betrieb, Haus und Hof den Mann und Vater ersetzen?

Wißt Ihr noch, — wie Ihr dann Eure Söhne statt in eine Berufslehre, in den Arbeitsdienst schicken mußt, um bald darauf ihre Kinderlieder in eine viel zu große Kriegsuniform stecken lassen zu müssen, um auch sie an die Front ziehen zu lassen? —

Mütter, hört Ihr es noch — wie sie dort, als sie in die Feuerlinie gejagt wurden, nach Euch geschrien haben? —

Führt Ihr es nicht mehr, — wie Ihr dann Eure Vierzehnjährigen an die Bahnhöfe brachtet, um Euch weinend und jammernd von ihnen zu verabschieden, damit auch sie noch mit Pickel und Schaufel mithalten, den Krieg etwas zu verlängern?

Spürt Ihr es noch nicht, — daß Euch die vergangene Zeit eine ungeheure Kraft und Selbständigkeit verliehen hat, um heute mit zu bestimmen, daß ein neuer Krieg verhindert wird?

Jedes Frauenherz muß doch aufgewühlt werden, wenn es hören muß, daß der große Dichter Arnold Zweig auf der Friedenskundgebung in der Staatsoper Berlin am 24. 10. 1948 mahnen mußte: „Nichts ist so rar geworden, wie ein menschlich fühlendes Herz und eine menschliche Stimme!“ Sollten diese Worte nicht jede Frau und Mutter zur Verpflichtung zwingen, zu beweisen, daß sie mit ihrem menschlichen Fühlen und Denken, ihrer Selbstlosigkeit und Aufopferungsfähigkeit, in der Lage ist, sich den unmenschlichen Kreaturen der Kriegsvorbereiter entgegen zu stellen, die planen, mit der Atomenergie ganze Länder und Völker auszuroten, statt sie zum Wohle der gesamten Menschheit zu verwenden. Und wenn die Herren Reaktionäre und Kriegshetzer auch unseren Friedenswillen lähmen wollen, so werden wir uns erst recht mit jeder Faser unseres Herzens einsetzen, um mitzuhelfen, unserer Jugend den Frieden zu sichern. Wir fordern deshalb vor allem „Verbot der Herstellung der Atombombe“. Wir Frauen in Deutschland stehen ja nicht alleine, alle Mütter der ganzen Welt wollen den Frieden, keiner kann uns deshalb noch einmal zwingen, unsere Kraft in den Dienst des Krieges zu stellen. Ohne unsere Mithilfe ist ein neuer Krieg unmöglich, nie mehr wollen wir hinstehen und weinen und jammern. Mitarbeiten wollen wir an dem großen Werk des Friedens und uns fest die Worte von Prof. Heinrich Frank, die er ebenfalls auf der Friedenskundgebung in Berlin gesprochen hat, einprägen: Es gibt nur eine Gegenkraft gegen die Kriegshetze, das Prinzip geistiger und sozialer Ordnung, wie es der Sozialismus verkörpert. Wenn alle Werkstätten sich weigern, etwas herzustellen, was dem Kriege dient, dann wird der Krieg unmöglich sein. U. F.

## Gummiknäuel und Pistolen gegen jüdische Demonstranten

Berlin. Bei der Vorführung des antisemitischen englischen Films „Oliver Twist“ kam es zu Demonstrationen, bei denen die Polizei versuchte, die Menge mit Gewalt auseinanderzutreiben. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet. Ein britischer Offizier wurde dabei tätlich angegriffen und verletzt. Vierzehn Polizisten und dreißig Zivilisten erlitten ebenfalls Verletzungen.

## Kurz berichtet

Die Außerkräftsetzung des Devisenbonus A, die von der JELA verfügt wurde, gilt nicht für die französische Zone.

In der sowjetischen Zone wird der zehnprozentige Bedienungszuschlag in Gaststätten nicht mehr erhoben. Die Angestellten erhalten dafür ein Prozent des Umsatzes.

Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit stehen 13 deutsche Juristen vor einem Stuttgarter Gericht.

Während der Leipziger Messe stehen an den Grenzübergängen der Ostzone Sonderzüge und Reiseomnibusse für einen geregelten Messeverkehr der Westzonenbesucher bereit.

Anträge auf Eröffnung eines Spielkasinos in Köln wurden vom Hauptausschuß der Stadtvertretung einstimmig abgelehnt.

Zwei amerikanische Jagdflugzeuge stießen in der Nähe von München zusammen. Ein Pilot fand dabei den Tod.

Bei der Explosion eines Blindgängers kamen in der Nähe von Mantua fünf Personen, darunter zwei Kinder ums Leben.

Den Austausch von Freundschaftszügen zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Volk schlug der Senator des Staates Colorado in einem Telegramm an Stalin vor.

Der italienische Kreuzer „Duca d'Aosta“ der auf Grund des Friedensvertrages an die Sowjetunion ausgeliefert werden muß, ist auf dem Wege nach Odessa.

Die japanische Stadt Noshiro wurde durch eine Feuersbrunst fast vollständig zerstört. Im Departement Haute Vienne wurde nahe dem Dorf St. Sylvestre ein Uranium-Vorkommen entdeckt.

Von einem griechischen Kriegsgericht in Tripolis wurden von 22 wegen Zusammenarbeit mit den Partisanen Angeklagten fünf, darunter zwei Frauen, zum Tode verurteilt.

General Draper, der Unterstaatssekretär für die Armee im amerikanischen Verteidigungsministerium ist „aus persönlichen Gründen“ zurückgetreten.

Die japanische Regierung beabsichtigt die Beamtgehälter um 30 Prozent herabzusetzen.



### 31. Jahrestag der Sowjet-Armee

Moskau. Zum 31. Jahrestag des Bestehens der Sowjetarmee veröffentlichte der Minister für Bewaffnung, Marschall Bulganin, am Mittwoch einen Tagesbefehl, in dem auf die hervorragende Rolle der Sowjetarmee bei der Verteidigung des Landes und den Lebensinteressen des werktätigen Volkes hingewiesen wird. Die Geschichte der Sowjetarmee sei ein ruhmreiches Beispiel für den Dienst an Volk und Vaterland, sowie an der Partei Lenins und Stalins. Die Nachkriegserfolge der sowjetischen Armee in Bezug auf Sicherheit und Schutz des Landes müßten weiter ausgebaut werden. Abschließend wies Marschall Bulganin auf den Gegensatz zwischen der Aggressionspolitik der herrschenden Kreise der USA und dem harten Kampf der Sowjetunion um den Frieden in der ganzen Welt hin.

### Vor Einigung über Oesterreich

London. Die Sonderbeauftragten für die Ausarbeitung des Staatsvertrages mit Oesterreich einigten sich über die Rückerstattung der Vermögenswerte, die während des Krieges aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Oesterreich beschlagnahmt wurden, sowie über die Frage der österreichischen Vermögenswerte in den Ländern der Alliierten. Ueber eine Klausel, daß die Vermögen in Jugoslawien ausnahmsweise nicht zurückgegeben werden sollen, wurde keine Einigung erzielt. Die Westmächte machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß Jugoslawien dann auf seine Reparationen verzichtet. Die weitere Behandlung dieses Punktes wurde zurückgestellt.

Wie verlautet, sollen die Besprechungen in den nächsten Tagen schon abgeschlossen werden. Anschließend wird der jugoslawische Außenminister Bebler die Stellung Jugoslawiens zu dem Entwurf darlegen.

### Alle Friedliebenden müssen sich vereinigen

Grenoble. Der Generalsekretär der KP Frankreichs, Thorez, erklärte auf einer Parteikonferenz: „Die Tatsachen beweisen, daß die kapitalistischen Mächte den Krieg vorbereiten. Durch mehrere Pakte, wie z. B. die Europa-Union, den Mittelmeerpakt und den Nordatlantikpakt stützt sich ein Teil der früheren Alliierten auf einige Besiegte, um den Krieg gegen die Verbündeten von gestern vorzubereiten.“

Aber von diesen Kriegsplänen bis zu ihrer Verwirklichung ist ein langer Weg, und es gibt Kräfte, die stark genug sind, um den Kriegstreibern das Handwerk zu legen. Unsere Pflicht ist es, alle Friedliebenden zu vereinigen, ohne sie zum Verzicht auf ihre Überzeugungen oder ihren Glauben zu zwingen.

### Bergarbeiterstreik in Japan

Tokio. Der Gewerkschaftsverband der Gruben- und Metallarbeiter rief zu einem 24stündigen Streik wegen Lohnerhöhung auf. Seit Dezember wurden in Japan von über 1 236 000 Arbeitern Streiks durchgeführt.

### Starke Verluste der Monarcho-Faschisten

Paris. Die Verluste der Monarcho-Faschisten während der Kämpfe im Abschnitt von Florina belaufen sich auf 404 Tote und 976 Verwundete. Außerdem haben sie eine beträchtliche Menge an Kriegsmaterial verloren. Zwei Flugzeuge der Athener Regierung, in denen sich englische und amerikanische Offiziere befanden, wurden abgeschossen.

### Papirgas wurde ermordet

Paris. Louis Sallant, der Generalsekretär des WGB, versicherte im Namen des WGB, daß der Generalsekretär des Allgemeinen griechischen Gewerkschaftsverbandes und Mitglied des Zentralrates des WGB, Dimitri Papirgas, der am Sonntag in seiner Zelle erhängt aufgefunden wurde, nicht Selbstmord begangen hat, sondern ermordet wurde.

## Patent „AV“

### Ein phantastischer Roman von L. Lagin

15

Anders war es dann, als es sich herausstellte, daß er die Strafe zu zahlen hatte und das Geld dafür nicht besaß. Da bot ihm diese 5000 Centavos für die Adresse des Mannes, der ihm zum Wachsen verholfen hatte. Er zierte sich erst ein wenig, willigte dann aber ein. Freilich mein Ehrenwort von mir fordernd, daß ich niemandem dieses Geheimnis preisgebe, wie meine Unterredung mit Ihnen auch enden möge. Wenn Ihr Magaraf nur so viel — er hielt seinen kleinen Finger in die Höhe, der einem blaßrosa Würmchen glich — „auch nur so viel Verstand besäße, hätte er mir eine zehnmal so hohe Summe entreißen können.“

Bei diesen Worten drückte Pádrele Gesicht einen so billigen Krämertriumph, eine solche Mißachtung aus, daß Popff vor Abscheu zusammenzuckte. Doch Pádrele entging das.

„Sie werden verstehen“, fuhr er fort, sich vertraulich an Popff wendend, „daß ich nicht zu Ihnen nach Bakbuk gekommen bin, um Grüße von Tomaso Magaraf zu bestellen.“

Er hielt inne und wartete darauf, daß sich der gespannt aufmerkende Arzt nach dem wahren Ziel seiner Reise erkundigte.

„Ich bin gekommen, Herr Doktor, um Sie darum zu bitten, an mir die gleiche Operation auszuführen, die Sie an Tomaso Magaraf vorgenommen haben.“

Er schwieg in der Ueberzeugung, daß man es weder wollen noch wagen würde, seine Bitte abzuschlagen.

Doch Dr. Popff hatte es mit seiner Antwort nicht eilig. Es fällt sehr schwer, „nein“ zu sagen, wenn ein Mensch einen darum bittet, ihn von seiner monströsen Mißgestalt zu befreien. Besonders, da hier die Möglichkeit gegeben war, ihn systematisch zu beobachten, was für die Wissenschaft von unschätzbarem Werte war.

## Riesen-Spekulationsgewinne der Berliner Westpresse

### Wechselsüben schließen ihre Tore — Keine strafrechtliche Verfolgung der Währungsspekulanten

Berlin. (UT) Am Montag erkannte die westberliner Bevölkerung, daß sie einem Spekulationsmanöver von Westmark-Großbesitzern zum Opfer gefallen war. Vor den Wechselstuben sammelten sich erregte Menschenmengen, die ihre am Wochenende zu sinnlos gesteigertem Kurs gekauften B-Mark wieder abstoßen wollten. Die Nachfrage nach Deutscher Mark der Deutschen Notenbank wuchs in kurzer Zeit so stark, daß die Wechselstübennhaver ihre Lokale kurzerhand schlossen. Die Empörung der Menge richtete sich darauf gegen die wilden Händler vor den Wechselstuben, und es kam in Steglitz, Wilmersdorf und Neukölln zu heftigen Prügeleien.

Berlin. (UT) Aus einem Bericht eines Mitarbeiters der Wechselstube im Bezirk Tiergarten (britischer Sektor) wird bekannt, daß dieser Wechselstube am Freitagabend und Samstagfrüh große Umtauschangebote erteilt wurden, als die B-Mark den von vornherein vorgesehenen künstlichen Kurs erreicht hatte. Diese Aufträge stammten von Verlagsleitungen der Berliner Westpresse, die die Kurssteigerungen der B-Mark durch entsprechende Veröffentlichungen vorbereitet hatten. So hatte die Geschäftsleitung der Zeitung der britischen Militärregierung „Die Welt“ insgesamt 100 000 B-Mark zum Umtausch angeboten, der britisch lizenzierte „Telegraf“ rund 80 000 B-Mark. Die Gesamtsummen wurden jeweils auf mehrere kleine Aufträge verteilt.

Berlin. (UT) Der jetzt in den Berliner Westsektoren amtierende frühere Berliner Kammergerichtspräsident Strucksberg, dem die Meldung, daß er gegen die Kreise vorgehen beabsichtige, die die unnatürlichen Kurssteigerungen der B-Mark am Wochenende

hervorgerufen haben. Strucksberg soll durch eine Anweisung der britischen und amerikanischen Militärregierung an der Durchführung der geplanten Untersuchungen gehindert worden sein, weil befürchtet wurde, daß die Hintermänner dieser umfangreichen Spekulationen bekannt würden.

### Bonner Machwerk ohne Volksabstimmung

Mit der fadenscheinigen Begründung, daß eine Volksabstimmung das Inkrafttreten der westdeutschen Verfassung erneut um Wochen oder Monate hinausschieben würde, sprach sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, auf einer Besprechung des Partei- und des SPD-Fraktionsvorstandes im Parlamentarischen Rat gegen eine Volksabstimmung aus. Aus Furcht vor der Ablehnung des Bonner Anhängels zu dem kolonialen Besatzungs- und Ruhrstatut durch das deutsche Volk vertrat Ollenhauer die Auffassung, daß die Ratifizierung durch die Landtage der drei Westzonen erfolgen solle.

### Umsiedler werden ausquartiert

Westerland. Auf Befehl der britischen Militärregierung muß das Gebiet des ehemaligen Flugplatzes Westerland auf Sylt geräumt werden. Der Platz wird von der britischen Luftwaffe belegt. Von diesem Befehl werden rund 1000 Umsiedler und etwa 300 Pflegebedürftige betroffen, die sich in den leerstehenden Gebäuden angesiedelt hatten.

Gegen die Anordnung protestieren tausende von Westländern in einem Telegramm an Premierminister Attlee und General Robertson.

## Entrüstungstheater gegen unbequeme Wahrheiten

(Fortsetzung von Seite 1)

Als der Sprecher der Kommunistischen Partei, Abg. Büche, in den ersten Worten seiner Rede davon sprach, daß es im kapitalistischen Westen vier Jahre gedauert habe, bis ein Gesetz vorgelegt wurde, das nur dem Namen nach ein Lastenausgleichsgesetz sei, kam aus den Reihen der CDU der Zwischenruf: „Und was ist in der Ostzone geschehen?“ Da rief aus den Zuhörerreihen ein junger Mann: „Dort sind die Leute verhungert.“ Der Präsident des Landtages, der sonst sehr schnell bei der Hand ist, Zwischenrufe der Abgeordneten zu rügen, ließ noch einen zweiten Zwischenruf des Provokateurs zu, bevor er darauf hinwies, daß die Zuhörer sich nicht in die Verhandlung des Landtags einzumischen hätten. Abg. Büche stellte daraufhin fest, daß in der Ostzone der Lastenausgleich bereits 1945 durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und Kriegsschuldigen eingeleitet wurde. Wenn heute sogenannte Flüchtlinge aus der Ostzone, Tagediebe, die von deutschen offiziellen Stellen in ihrer Mehrzahl als kriminelle Elemente bezeichnet werden, das nicht wahrhaben wollten, so ändere das nichts an den Tatsachen. Daraufhin versuchte die CDU mit lärmenden und beleidigenden Zwischenrufen diese ihr unangenehmen Wahrheiten zu übertönen. Als es ihr trotzdem nicht gelang, die Rede des Abg. Büche zu unterbrechen, inszenierten diese Beschützer der Großgrundbesitzer und ihrer aus der Ostzone entflohenen Kumpane zusammen mit dem Klüngel des Zwischenrufers aus dem Zuhörerraum ihren Auszug aus dem Sitzungssaal. Ihre Verbündeten aus dem demokratischen Lager schlossen sich ihnen nach einigem Zögern an. Auch die Sozialdemokraten hielten es daraufhin für angebracht, ihre Zusammengehörigkeit mit ihren politischen Gesinnungsfreunden von rechts durch das Verlassen des Saales zu demonstrieren.

Mit um so größerem Interesse folgten die

Zuhörer aus den Reihen der Fliegergeschädigten und Flüchtlinge den klaren und eindeutigen Beweisen des Abg. Büche über die völlige Unzulänglichkeit und den Betrug des vorgelegten sogenannten Lastenausgleichsgesetzes an den Opfern des Hitlerkrieges.

(Die bedeutsame und grundsätzliche Rede des Abg. Büche zum Lastenausgleich werden wir in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen.)

Die Regierungsvorlage Nr. 24 zum Lastenausgleich wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Demokraten stimmten ebenfalls gegen das Gesetz, weil ihr Antrag, den landwirtschaftlichen Besitz des Landes Baden zur Befriedigung der Ansprüche der Industrie aus dem Lastenausgleichsfond heranzuziehen, von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Zum Schluß der Tagung wurden zwei Anträge einstimmig angenommen, von denen der eine zu erwägen gibt, die Kriegsgefangenen in den Kreis der Beschädigten einzubeziehen, der andere von der Regierung die Bereitstellung von Mitteln verlangt, um die Soforthilfe an den Betroffenen durchführen zu können, auch wenn das Gesetz, wie in der Bizone, vorläufig wegen des Vetos der Militärregierung nicht in Kraft gesetzt werden könne. Außerdem verlas der Landtagspräsident eine von allen vier Parteien eingebrachte Entschließung mit folgendem Wortlaut:

Der Badische Landtag ist durch Pressemeldungen aus London darauf aufmerksam gemacht worden, daß Kehl gegenwärtig Gegenstand internationaler Verhandlungen ist. Die Berichte über den Verlauf dieser Verhandlungen haben eine starke Beunruhigung der badischen Bevölkerung ausgelöst. Der Landtag erwartet deshalb von der Landesregierung die aufmerksame Beobachtung aller Kehl betreffenden Vorgänge.

Durch Mehrheitsbeschluß vertagte sich dann der Landtag.

von allen pekuniären Erwägungen entfernt sind. Verständnissinnig blickte er den verstummten Popff an, holte seine Brieftasche hervor und warf sie spielerisch auf seiner kleinen Handfläche in die Höhe.

„Sie enthält genau 49 000 Centavos. Bei durchschnittlichem Lebensstandard dürfte es ausreichen.“

Er kicherte selbstbewußt, aber seine Gastgeber schwiegen. Fast 50 000 Centavos in einem Hause, dessen Ersparnisse vielleicht noch anderthalb Wochen reichen würden! Es war nicht einfach, eine solche Summe auszuschlagen, Popff schwieg mit finster gefurchter Stirn, die Ellbogen auf seinen unansehnlichen Schreibtisch gestützt. Bläß vor Erregung blickte Berenike unverwandt in die dunkel gewordenen grauen Augen ihres Mannes, als wolle sie ihn hypnotisieren: „Einwilligen, Steph! Einwilligen! 49 000, mein lieber Steph! Denk nur, 49 000! Vier Jahre eines sorgenfreien Lebens!“

„75 000!“ sprach Pádrele nach kurzem, bedrückendem Schweigen.

„Sie mißverstehen mich, Herr Pádrele“, sagte dumpf der Arzt, „es handelt sich hierbei keineswegs um Geld.“

„100 000!“ warf der jüngere Pádrele hochmütig hin. „49 000 sofort, den Rest durch telegraphische Anweisung zwei bis drei Tage nach meiner Rückkehr in die Stadt der Großen Kröten.“

„Für eine Ampulle 100 000 Centavos!“ sagte er. „Ist Ihnen das wirklich zu wenig? Großer Gott! Herr Doktor, bedenken Sie!“

„Sie dürfen es mir nicht abschlagen“, brachte inzwischen Pádrele mit bebender Stimme hervor und kletterte vom Sessel. „Nur Sie können mich zu einem glücklichen Menschen machen.“

Popff schwieg.

„Haben Sie Mitleid mit mir, Herr Doktor!“ sprach Pádrele mit dem innigsten Ton, dessen er fähig war; sein dünnes Stimmchen, übersteigert durch die Erregung, glich dem Piepsen einer in die Klauen eines Katers geratenen Ratte.

### Opel-Belegschaft verteidigt ihre Rechte

Rüsselsheim (UT). Die amerikanische Geschäftsleitung der Adam Opel AG, Zweigbetrieb der amerikanischen General Motors Company, hat den Versuch unternommen, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte außer Kraft zu setzen. Entgegen der schriftlichen Ablehnung des Betriebsrats stellte sie den Abteilungsleiter Heuß wieder ein, der sich während der Nazizeit in der unmenschlichsten Weise gegenüber Fremdarbeitern vergangen und auch deutschen Werksangehörigen durch seine dauernden Schikanen das Leben zur Hölle gemacht hat.

Der Betriebsrat erklärte darauf, daß es sich bei dem Konflikt zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung nicht mehr um einen Fall Heuß, sondern um die Achtung oder Mißachtung der Gesetze handelt. Das von der Militärregierung bestätigte Betriebsrätegesetz und die hessische Verfassung bestimmen, daß die Geschäftsleitung entgegen dem Einspruch des Betriebsrates keine Einstellungen vornehmen darf.

Die Belegschaft stellt sich einmütig hinter ihren Betriebsrat und erklärte, daß sie mit allen Mitteln für die Verteidigung des gesetzlichen Mitbestimmungsrechtes kämpfen werde. Am 18. Februar hat nun ein Schiedsausschuß getagt, der den Einspruch des Betriebsrates gegen die Wiedereinstellung des Naziaktivisten anerkennt.

Damit hat die Kampfkraft des Betriebsrats der Opelbelegschaft einen eindeutigen Sieg errungen, und der amerikanischen Geschäftsleitung der Opelwerke ist es nicht gelungen, einen Präzedenzfall für die Mißachtung des Mitbestimmungsrechtes, der richtunggebend für die hessische Unternehmerschaft werden soll, zu schaffen. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die ganze Belegschaft und ihre gewerkschaftlichen Vertrauensleute so gut wie geschlossen zur Verteidigung ihrer Rechte und zur Respektierung ihres Willens zusammenstanden. Die Einheit des Handelns hat den Sieg errungen.

### 750 000 Beamte politisch entrechtet

Frankfurt. Der Text des von den Generälen Clay und Robertson angekündigten Beamten-gesetzes, mit dem sie dem kurz vor der Verabschiedung stehenden Gesetz des Wirtschaftsrates vorgegriffen haben, wurde am Montag verkündet. Damit werden 750 000 Beamte der bizonalen Verwaltungen, Post- und Eisenbahnen zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt. Sie dürfen das in der Verfassung festgelegte Recht der Teilnahme am öffentlichen Leben nicht mehr ausüben.

### Dank der Arbeiterwohlfahrt

Die Arbeiterwohlfahrt möchte hiermit allen danken, die zu der Landessammlung eine Spende gaben und besonders jenen hilfsbereiten Kräften in ganz Südbaden, welche die schwere Aufgabe des Sammelns in ungehörter Weise übernommen haben. Sie dürfen alle versichert sein, daß diese Spenden zum Wohl der notleidenden Mitmenschen Verwendung finden werden.

## Aus dem Pöckeleben

Freiburg. Am Freitag, den 25. Februar, 20 Uhr, findet in der Vaubanstraße 12, eine Stadt- vorstandssitzung statt. Die Genossen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, da eine umfangreiche Tagesordnung vorliegt.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN  
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1  
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg  
Verantwortlich: H. Jerrentrup

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.  
Verlag: Südwest-Verlag eGmbH., (17b) Offenburg  
Hauptstraße 115, Postfach 261, Fernruf 2267  
Erscheint dienstags, donnerstags und samstags  
Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.20 DM.



# Der Papst und der Kardinal

Statt eines weiteren Kommentars zum Mindszenty-Prozess veröffentlichten wir nachstehend längere Auszüge aus dem Leitartikel des „New Statesman and Nation“ vom 12. 2. 1949.

Am Montagabend veröffentlichte der „Osservatore Romano“, das offizielle Organ des Vatikans eine Erklärung zur Gerichtsverhandlung gegen Mindszenty. Diese Erklärung wirft die bisherige Einstellung des Vatikans und damit tausende geschriebene und gesprochene Worte unzähliger Zeitungen und Kanzelreden über den Haufen. Sie verwirft ihre bisherige Darlegung, der Kardinal wäre durch schmutzige Mittel gezwungen worden, ein falsches und schändliches Geständnis abzulegen. Nunmehr heißt es, es wäre möglich, die Verhandlung „von einem objektiven und wahrheitsgetreuen Standpunkt“ zu betrachten, und weiter, daß der Kardinal den Weg der Ehre und Gerechtigkeit gewählt hätte. Er hätte zugegeben, was wahr wäre und hätte Falsches verneint. Der Kardinal hätte kurzum, ohne jedem Zwang sprechend ganz richtig im Prinzip die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als berechtigt anerkannt. Die Theorie des Kardinals Spellman, daß nämlich in einem kommunistischen Land Loyalität der Kirche gegenüber Verrat am Staate verlange, verwarf er...

Die Erklärung des Vatikans hat in den Reihen der katholischen Propagandisten große Verwirrungen angerichtet. Sie müssen nun einen glaubwürdigen Protest gegen die lebenslängliche Strafe des Kardinals finden als Ersatz für ihre früheren unverantwortlichen Anschuldigungen gegen die Gerichtsverhandlung. Es ist jedoch nicht schwer, eine Erklärung für den Umschwung in der Meinung des Vatikans zu finden. Zunächst einmal hatten sowohl der Verlauf der Verhandlung als auch das Verhalten des Kardinals die Geschichten von den „Medikamenten und Foltern“ widerlegt. Diese Geschichten waren, wie man sich erinnern kann, nicht auf der Basis von Beweisen vorgebracht worden, sondern als Propezeiungen über das, was Kommunisten in Budapest einem Kardinal antun können...

Wir nehmen nicht an, daß eine Kombination von Arzneien, Foltern, Schmeichelei oder Versprechungen den Widerstand eines Mannes wie Kardinal Mindszenty erst brechen und ihn dann dazu bringen könnte, sich zu erheben und eine öffentliche, klare Erklärung abzugeben, die das Gegenteil der Wahrheit wäre, umstürzlerisch der Doktrin und den Wünschen der Kirche gegenüber, und die seine eigene Ehre und seinen Ruf zerstören würde. Selbst wenn außerordentliche kommunistische List bei einigen Gelegenheiten und mit einigen Menschen solche Ergebnisse erzielen könnte, können wir nicht glauben, daß eine

Regierung den politischen Erfolg einer solchen Verhandlung aufs Spiel setzen würde. Das Risiko, daß der Kardinal den Mut nicht wieder finden würde, wenn er seinen Anhängern gegenüberstünde, würde sie nicht einengen bei der Anwesenheit freundschaftlich eingestellter Presseberichterstatter der ganzen Welt und zwar nicht nur — das muß betont werden — kommunistischer, sondern auch bekannter Berichterstatter der amerikanischen Presseagenturen. Diese Korrespondenten haben nachdrücklich bestätigt, daß sie in der Lage waren, unbeschränkt über die Verhandlung zu berichten und ihre Berichte ohne Zensur weiterzuleiten. Es muß dem Vatikanklar gewesen sein, daß selbst, wenn es zum Vorteil der Kirche gewesen wäre, den Kardinal als ein Opfer von „Medikamenten und Foltern“ hinzustellen, eine solche Beurteilung der Verhandlung nicht viel Glauben finden würde.

Wir nehmen an, daß die wahrscheinlichste Darlegung die des Vatikans selbst ist. Die Erklärung des Kardinals war ein Geständnis, dessen sich die Kirche nicht zu schämen braucht. Wenige Leute scheinen sich ehrlich bemüht zu haben, die von der ungarischen Regierung herausgegebenen Dokumente objektiv zu beurteilen. Keiner der Angeklagten hat ihre Richtigkeit in Frage gestellt. Die Echtheit der Handschrift des Kardinals wird vom Vatikanklar nicht bestritten. Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß die Korrespondenz tatsächlich stattgefunden hat, und daß illegale Geldtransaktionen mit den USA durchgeführt worden sind. Im Jahre 1947, wo die meisten dieser Geschehnisse sich abgespielt haben sollen, hätte sich der Kardinal vollkommen berechtigt gefühlt, enge Beziehungen mit den amerikanischen Behörden aufrecht zu erhalten. Es gab darunter sicherlich Leute, die aktiv gegen die damals noch nicht gefestigte und nur teilweise von den Kommunisten beherrschte Regierung arbeiteten. Zur selben Zeit, in der der Kardinal, wie er selbst zugab, gezwungen war, das Gesetz zu brechen und mit dem Staat in Konflikt zu geraten, erklärte er, daß es nach seiner Auffassung nicht die Aufgabe der Kirche sei, Krieg gegen den Staat zu führen; und er tat alles, um die Kontrolle der Kirche über die Erziehung und die Jugendorganisationen zu erhalten und eine Tageszeitung für den katholischen Glauben zu sichern. Zweifellos war es die starke und offene Gegnerschaft in diesen Fragen, die seine Verhaftung nach sich zog...

Kardinal Spellman, der vielleicht weniger Einfluß in Rom hat, als er und die Welt glauben, erklärte, daß, falls es Hochverrat sei „einer atheistischen kommunistischen Regierung die Treue zu verweigern“ er Gott danke,

daß Kardinal Mindszenty sich zum Hochverrat bekannt habe. Tatsächlich scheint Mindszenty nicht Hochverrat eingestanden zu haben. Kardinal Spellmans Argument geht darauf hinaus, daß die Kirche in einem atheistischen Staat die Aufgabe hat, gegen die weltliche Regierung Verschwörungen und Intrigen anzuzetteln. Solch eine Lehre gäbe eine ehrenhafte Grundlage für ein Märtyrertum ab, falls der Vatikanklar sie ratsam fände. Aber Rom hat große Erfahrung im Streit mit den weltlichen Mächten. Es hat eine Menge von spitzfindigen Argumenten angehäuft, worin die Bedingungen, unter denen es für die Kirche zweckmäßig ist, die Autorität des Staates offen anzugreifen niedergelegt sind mit der Begründung, daß es richtiger ist, Gott zu gehorchen als den Menschen.

Es erscheint, daß der Vatikanklar entschieden hat, daß solche Bedingungen im Osten Europas nicht gegeben sind. Rom sieht sich nicht

schwankenden Regierungen gegenübergestellt, die es hoffen kann zu stürzen. Da die Kirche glaubt, daß sie schließlich siegreich sein wird, mag sie wohl der Meinung sein, daß sie abwarten kann. Der Vatikanklar ist sich darüber klar im Gegensatz zu sehr vielen ausländischen Katholiken, daß der Kommunismus in den vorherrschend katholischen Ländern wie Polen und Ungarn tatsächlich nicht die Religion verfolgt oder sich in Gottesdienste oder die Tätigkeit der Geistlichen einmischt. Was er getan hat, ist, den ungeheuren und ungerichtfertigen Reichtum der Kirche zu zerstören, ihren Großgrundbesitz aufzuteilen und den Prozeß (der in den westlichen Ländern längst abgeschlossen ist) der Verweltlichung der Erziehung und des Untergrabens des politischen Einflusses der Kirche durch verschiedenartige Maßnahmen einzuleiten...

New Statesman and Nation, 12. 2. 1949.

## 944000 Arbeitslose in der Bizone

Im Sommer vergangenen Jahres hat das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel eine Untersuchung angestellt, wie hoch die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze und der Arbeitskräfte bis zum Jahre 1955 sein würde, und kam zu dem Resultat, daß 13—13,5 Millionen Arbeitsplätzen ein Arbeitsangebot von 18—20 Millionen gegenüberstehe. Es schloß bis zum Jahre 1955 in der Bizone auf eine Arbeitslosigkeit von 5,4—7 Millionen.

ter ist nicht in erster Linie durch die frostige Witterung, sondern durch ein Auslaufen der massenhaften Kleinreparaturen und die Einstellung von Großbauten der Industrie bedingt. Die Entlassungen in der Zulieferindustrie für die Reichsbahn haben die schwierige Finanzlage zur Ursache. Die Entlassungen in der Möbelindustrie, im Handel und bei den Behörden deuten auf eine Verringerung des Personalbestandes hin. Die um 30 Prozent

### Das Ansteigen der Arbeitslosenziffern

August 1948	Dezember 1948	Januar 1949
758 805	774 500	944 190



Diese Darstellung hatte damals verschiedentlich zu der Auffassung geführt, daß die Arbeitslosigkeit sofort nach der Währungsreform in einem Massenumfang sichtbar sein würde. Die Art der Währungsreform verhinderte jedoch, daß sofort nach ihrer Durchführung die Arbeitslosigkeit in dem gekennzeichneten Umfang auftrat. Die Unausgeglichenheit der Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern der Bizone führte zu einer Unausgeglichenheit in der Zunahme der Erwerbslosigkeit, in der Schleswig-Holstein relativ die meisten und Nordrhein-Westfalen die wenigsten Zugänge hatte. Die jetzt gemeldete Erwerbslosenziffer von 944.000 deutet aber an, daß die vom Institut für Weltwirtschaft gekennzeichnete Entwicklung sich immer mehr abmahnt. Damals hatten die Arbeitsminister der Bizone auf einer Tagung die Gültigkeit der Angaben des Instituts bestritten, und Arbeitsminister Halbfehl von Nordrhein-Westfalen nannte sie eine Milchmädchenrechnung. Der amtliche Optimismus ist durch die neue Entwicklung widerlegt. Trotzdem versucht auch heute noch die Verwaltung für Arbeit die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit abzustreiten. Dabei muß festgestellt werden, daß die Erwerbslosigkeit keine Saisonercheinung, sondern konjunkturebedingt ist. Die Entlassung von über ¼ der Bauarbeit-

gestiegenen Leistungen der Arbeiter vermögen die verfügbaren Rohstoffe mit einer geringen Arbeiterzahl zu bewältigen. Für einen Optimismus in der weiteren Entwicklung der Arbeitsmarktlage besteht somit kein Anlaß.

### Trizonaler Gewerkschafts-Zusammenschluß

Frankfurt. Die Tagung der Vorstände der westdeutschen Gewerkschaften in Königswinter beschloß, den organisatorischen Zusammenschluß der westdeutschen Gewerkschaften. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der die Einberufung einer gesamtwestdeutschen Bundestagung organisieren soll. Weiter wurde beschlossen, vor der endgültigen Bildung der gesamtwestdeutschen Gewerkschaftsorganisation keiner internationalen Organisation beizutreten.

### WGB nimmt deutsche Gewerkschaften auf

Prag. Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Sallant, der sich gegenwärtig in Prag aufhält, erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die deutschen und japanischen Gewerkschaften, entsprechend dem Beschluß des Exekutivrates des WGB, in den Weltgewerkschaftsbund aufgenommen werden sollen. Er habe mit Vertretern des FDGB, die nach Prag gekommen seien, deshalb Besprechungen geführt.

## Der Unterschied

Die NEUE ZEITUNG läßt sich aus Washington berichten, „es sei der Sowjet-Union nicht gelungen, das eigene Land vollkommen gegen Einflüsse des Westens abzudichten. Im Gegenteil, während des letzten halben Jahres sei es den Amerikanern nicht nur gelungen mehr und mehr Zeitschriften, Magazine und sogar Propagandaschriften nach der Sowjet-Union zu schicken, sie bekämen sogar von sowjet-russischen Dienststellen und Bürgern Geld dafür. Unzählige amerikanische Zeitungs- und Magazin-Verleger hätten mitgeteilt, daß offizielle Kreise der Sowjet-Union Abonnements eifrig erneuern und gut bezahlen. Der amerikanischen Regierung sei es gelungen, die in Moskau erscheinende offizielle US-Monatschrift „AMERIKA“ zu verkaufen.“

Diese Infiltration amerikanischer Zeitschriften gelang aber nicht, wie man nach den einführenden Worten annehmen sollte, durch eine Spezial-Luftbrücke von der aus in Fallschirmen die Druckerzeugnisse über der Sowjet-Union abgeworfen wurden oder durch irgendwelche Geheimverbindungen. Im Gegenteil, die „totalitäre“ Sowjet-Regierung selbst genehmigte nicht nur eine Auflage von 50.000 Exemplaren jener in Moskau erscheinenden Monatschrift, sie läßt es auch, obwohl es angeblich in der Sowjet-Union ja keine Freiheit gibt, zu, daß diese amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften in beliebigen Mengen von Bibliotheken, führenden Kommunisten, Intellektuellen und wer sonst immer dafür Interesse hat, gelesen werden. Ja, so stellt der Berichterstatter aus Washington fest, die amerikanische Botschaft in Moskau habe, weil das den amerikanischen Demokraten sehr merkwürdig vorkam und sie eine Nachprüfung verlangen, festgestellt, daß diese Zeitschriften tatsächlich regelmäßig bezahlt und vertrieben werden. Der Washingtoner Berichterstatter fügt hinzu, „Die Sowjetbehörden sehen die Lektüre des amerikanischen Schriftgutes als ungefährlich an und hindern keinen Russen sie zu lesen.“ Man ist doch einigermaßen erstaunt darüber aus Washington selbst bestätigt zu bekommen, daß in der Sowjetunion die Pressefreiheit sogar soweit wirksam ist, daß amerikanische Zeitschriften ohne Schwierigkeiten vertrieben werden können. Ein Zeichen übrigens dafür, daß man in der Sowjet-Union auch die Auffassungen der kapitalistisch-bürgerlich orientierten Vereinigten Staaten ohne Beschwerden zu verdamnen vermag.

Der amerikanische Berichterstatter der NEUEN ZEITUNG stellt triumphierend in seinem Artikel fest, daß ein ähnlicher Versuch der Sowjet-Union eine SU-Zeitschrift in Amerika zu vertreiben völlig aussichtslos sei. Es gelänge nicht einmal diese sowjetrussische Zeitschrift kostenlos in größeren Mengen abzusetzen. Er merkt gar nicht in seiner typisch amerikanischen Arroganz, welches Armutsergebnis er damit seinen Landsleuten ausstellt. Der Durchschnittsamerikaner hält es also für nicht einmal notwendig sich durch das Studium sowjetrussischer Zeitschriften ein einigermaßen zutreffendes Bild über die Sowjet-

Union zu machen. Ihm genügt es anscheinend, ohne persönliches Wissen über die Tatsachen der sozialistischen Neuordnung in der Sowjet-Union, in den Vorurteilen befangen zu bleiben, die ihm die antisowjetische Hetze der amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften täglich eingeben. Oder sollte, was viel wahrscheinlicher ist, die Angst vor dem Terror der Gerichtshöfe gegen antiamerikanische Umtriebe die freien Bürger der USA abhalten sowjetrussische Literatur zu kaufen oder auch nur zu lesen?

Das also ist der Unterschied: unter der „totalitären Diktatur“ der Sowjet-Union kann jeder lesen was ihm beliebt, selbst amerikanische Hetzzeitungen, im angeblich freiesten Land der Welt aber haben die Bürger Angst, verfolgt zu werden, wenn sie auch nur die einzige in USA zugelassene Zeitschrift der Sowjet-Union lesen.

## Zweierlei Verfassungs-Entwürfe

Der Entwurf des Deutschen Volksrates ist das Ergebnis weitgehendster Mitarbeit des Volkes — Bonner-Entwurf erfolgt im Auftrag der Besatzungsmächte

Bei der letzten Tagung des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates, am 18. 2., gab Otto Grotewohl aufschlußreiche Erläuterungen über den Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates und die bisherigen Ergebnisse der Verfassungsdiskussion ab. Nach dem vorliegenden Material haben ungefähr 9000 Versammlungen in den einzelnen Ländern stattgefunden, zu denen noch viele Belegschaftsversammlungen der Betriebe und Verwaltungen, der Parteien und demokratischen Massenorganisationen hinzukommen. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß sich auch viele Ober-, Berufs- und Hochschulen sowie die Verwaltungsschulen beteiligt haben.

### 500 Abänderungs-Vorschläge für den Entwurf des Deutschen Volksrates

Die Gesamtzahl der Abänderungsvorschläge beläuft sich auf etwa 500. Bei der Sichtung dieser Vorschläge und der sachlichen Diskussionsbeiträge ergab sich die Tatsache, daß sich die 500 Abänderungsvorschläge auf etwa 30 wichtige Gebiete der Verfassung zusammenlegen lassen. Etwa 25 Prozent der Abänderungsvorschläge betreffen die Rechte des Bürgers und die Wirtschaftsordnung. Ungefähr 20 Prozent beschäftigen sich mit den Fragen der Erziehung und Bildung, während etwa 15 Prozent den Abschnitt Religion und Religionsgemeinschaften in der Verfassung betreffen. Die verbleibenden 40 Prozent der Abänderungsvorschläge verteilen sich auf die Abschnitte der Verfassung über Familie und Mutterschaft, Gesetzgebung, Regierung der Republik, Aufbau der Staatsgewalt und andere Gebiete. Bei den juristischen und staatsrechtlichen Fragen kommen die Vorschläge besonders aus den Kreisen von Juristen und Politikern.

Nach eingehender Aussprache wurde eine Un-

terkommission beauftragt, die Kürzungs- und Aenderungsvorschläge zu sichten und in einer späteren Sitzung des Ausschusses den Bericht über das Ergebnis der Arbeiten zu erstatten. Dann wird entschieden, welche Vorschläge in dem endgültigen Verfassungsentwurf berücksichtigt werden sollen. Der Entwurf wird sodann dem Präsidium des Deutschen Volksrates zur Verabschiedung an die Vollversammlung zur endgültigen Bestätigung zugeleitet.

Vermutlich wird dann im März der Volksrat die endgültige Verabschiedung dieser durch das gesamte Volk erarbeiteten Verfassung vornehmen.

### In Bonn wird hinter verschlossenen Türen verhandelt

Der Entwurf des Deutschen Volksrates ist das Ergebnis der Beratungen der Vertreter aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen. Seine Ausarbeitung erfolgte aus eigenem Entschluß des deutschen Volkes. Ganz anders liegen die Dinge bei dem Parlamentarischen Rat in Bonn. Die von ihm beratene Verfassung ist das Ergebnis eines Auftrages der Besatzungsmächte. Die Beratungen des Parlamentarischen Rates sollen lediglich von der Verantwortung für die Spaltung Deutschlands ablenken. Während man in Bonn hinter verschlossenen Türen verhandelt, ist der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates von weiten Volksschichten diskutiert. Die Verfassung des Deutschen Volksrates gilt für ein einheitliches Deutschland, während man in Bonn nur einen Torso für einen Teil Deutschlands schafft. Die Entscheidung über die Bonner Verfassung wird den föderativen Länderparlamenten zugeschoben. Das deutsche Volk ist dabei

von jeglicher Mitwirkung ausgeschaltet. Die Bonner Verfassung bietet den reaktionären Kräften volle Entfaltungsmöglichkeit und berücksichtigt überhaupt nicht die Notwendigkeit der Gestaltung realer demokratischer Verhältnisse in Staat und Wirtschaft, die zur Herbeiführung eines einheitlichen Deutschlands unerlässlich sind.

Der Deutsche Volksrat hat seine Vorschläge auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse und der brauchbaren Erfahrungen der Weimarer Verfassung entwickelt. Er verankert in ihm die Grundsätze eines friedlichen, demokratischen Aufbaues und der Schaffung einer echten Friedenswirtschaft. Das Bonner Machwerk gewährt den Monopolbesitzern und Reaktionären volle Freiheit zur Fortsetzung ihrer Kriegs- und Raubpolitik, während der Volksratentwurf Sicherung schafft für die Durchführung der Bodenreform und für die Ausschaltung aller monopolkapitalistischen und reaktionären Kräfte.

In der Bonner Verfassung ist weder Platz für die Sicherung des Streikrechtes, noch für die Gleichstellung der staatsbürgerlichen Rechte der Frauen. Sie sieht einen Bundespräsidenten vor, der sich auf einen Staatsapparat stützt, der vom Parlament völlig unabhängig ist. Wiederum soll ein Artikel 48, ähnlich dem der alten Weimarer Verfassung geschaffen werden, ebenso eine neue Verfassungsgerichtsbarkeit, die Deutschland erneut ins Unglück stürzt.

In dem Bonner Grundrechtskatalog fehlen jegliche Grundregeln über die wirtschaftliche Ordnung. Aus den Fehlern und Mängeln der Weimarer Verfassung wird keine Lehre für die Zukunft gezogen. Das Monopolkapital und der Großgrundbesitz bleiben erhalten und machen die in der Bonner Verfassung feierlich festgelegten Verfassungsrechte zu einem deklamatorischen Bekenntnis.



# Dafür ist Geld vorhanden!

Es ist kein Geld da, wir müssen sparen, so lautet die Antwort der Bürgermeister, der Landkreisselbstverwaltungen und des Finanzministeriums auf alle Anforderungen um Gehaltserhöhung der unteren Angestellten und Arbeiter, bei Entschädigungsansprüchen der Fliegergeschädigten, sowie bei der Forderung auf Rentenerhöhung für Körperbeschädigte und Altersrentner.

Daß diese Antwort jedoch nur bei den berechtigten Forderungen der produktiv Schaffenden, den Opfern der Naziherrschaft und den Sozialrentnern gültig ist, beweist die Tatsache, daß die Stützen und Helfer des dritten Reiches, Regierungsräte, Bürgermeister usw. im vierten Jahre des Bestehens einer sogenannten demokratischen Ordnung in Südbaden (wie übrigens auch in den anderen westdeutschen Ländern) ohne einen Handstreich zu arbeiten ihre Gehälter weiterbeziehnen. Trotzdem verschiedene Organisationen in Resolutionen und Anträgen auf die Beseitigung dieser skandalösen Zustände hinwiesen, denkt die südbadische Regierung nicht daran, diesen Forderungen zu entsprechen. Diese Herrschaften haben während der Nazizeit ihre Brauchbarkeit bei der Interessenvertretung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gegenüber den werktätigen Massen unter Beweis gestellt. Ihre Fähigkeiten sollen erhalten bleiben und zum entsprechenden Zeitpunkt wieder nutzbar gemacht werden. Sie sind für die heute in Westdeutschland regierenden Parteien eine dringend erforderliche Hilfe, um die Wünsche ihrer Auftraggeber gegen den Widerstand des werktätigen Volkes erfüllen zu können. Für sie ist es die Fortsetzung ihres alten Dienstverhältnisses mit einer neuen Arbeitsordnung, die die Erfüllung der Aufgaben unter den veränderten Verhältnissen ermöglichen soll. Da ihre Tätigkeit nicht von sozialen und wahrhaft nationalen Gesichtspunkten geleitet war, unterstellen sie sich heute ebenso skrupellos den Interessen ausländischer Kapitalgesellschaften.

## Methoden des Waldshuter Kreisschulamtes

Der bekannte günstige Wind wehte uns ein sonderbares Dokument dieser Behörde auf den Tisch. Es ist das Protokoll der Einbestellung eines Lehrers, gezeichnet von Oberinspektor Hildebrand und behandelt folgenden Vorfall: Ein Lehrer fährt in der Eisenbahn und unterhält sich mit seinem holden Vis à vis über die Währungsreform, die politische Säuberung und die Bürokratie in unserem Beamtenapparat. Er führte dabei als Beispiel an, daß er für die Wegentfernung Ort Lembach bis zum Bahnhof Weizen 6 km angegeben habe, diese aber vom Oberinspektor Hildebrand auf 5,99 km berichtigt wurden. Er bezeichnete ihn deshalb als typischen Bürokraten und äußerte die vernünftige Idee, daß auch die Lehrer eine Gewerkschaft gründen sollten, damit sie sowohl dem Kreisschulamt wie auch dem Kultusministerium gegenüber eine Vertretung hätten.

Diese Unterhaltung in der Eisenbahn war dem hohen Kreisschulamt zur Kenntnis gekommen, worauf der „sündige“ Lehrer zur Einvernahme einbestellt wurde. Unter dem Protokoll steht dann geschrieben: „Dem Lehrer ... wurde hierauf wegen seines ungebührlichen Verhaltens (!) mündlich eine Zurechtweisung erteilt. Er wurde ermahnt sich in Hinkunft eines Verhaltens zu befleißigen, das zu Beanstandungen keinen Anlaß mehr gibt. Beschluß: Zu den Personalakten, Kreisschulamt, gez. (H. Halter).“ Sind wir bereits wieder soweit, daß ein Lehrer in Südbaden keine private Meinung mehr haben darf. Muß man sich im Eisenbahnabteil bereits wieder umsehen, wer der Nachbar ist? Wir fragen das Kultusministerium, darf ein einfacher Lehrer einen bürokratischen Angestellten der Schulbehörde einen Bürokraten nennen, ohne dienstliche

Diese Gründe veranlaßten die südbadische Regierung bis heute sich über die Forderungen fortschrittlicher demokratischer Kräfte hinwegzusetzen.

Die Vereinigung der 1933 gemäßregelten kommunalen Körperschaften Badens stellt dazu in einer am 31. Januar gefaßten Resolution fest:

„Die heute in Offenburg tagende Vorstandsschaf der Vereinigung der 1933 gemäßregelten Gemeinde-Kommunal- und Körperschaftsbediensteten Badens hat mit Bedauern festgestellt, daß Staatsministerien und Behörden zu allen erfolgten Eingaben keine positive Stellung eingenommen haben. Es ist festzustellen, daß die Regierung Gesetze und Verordnungen erläßt, welche den im Nazireich gewordenen Gemeinde- und Körperschaftsbeamten ihre Versorgung sichert und durch die Möglichkeit der Wiedereinstellung bei Gemeinden usw. leicht macht. Ist die Staatsführung gewillt, ein wirklich brauchbares Beamtenum zu schaffen, so dürften heute die Gemeinden usw. nicht genötigt werden, diese Parteibuchbeamten versorgen zu müssen und damit den betreffenden Körperschaften schwere finanzielle Belastungen aufzuerlegen. Wenn man den 1933 gemäßregelten Beamten und Bediensteten keine ehrenhafte Wiedergut-

machung angeeignet läßt, so müssen wir das badische Volk auf die schwerwiegenden politischen und finanziellen Folgen aufmerksam machen, welche durch die zu erwartenden Gesetze das Volk im Steuerzahlen belasten werden. Es darf nicht sein, daß die Gemeinden und Körperschaften gezwungen werden, ohne das Zutun der Lastenträger selbst, Wartegelder und Pensionen für Nazibeamte aufzubringen.

Die südbadische Landesgewerkschaft der Beamten forderte dazu in einer Eingabe an das Finanzministerium nachstehende gesetzliche Regelung:

„Ein Warte- oder Ruhestandsbeamter, der auf Grund der Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus (vom 29. 3. 47) und der danach noch erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen aus politischen Gründen in den Warte- oder Ruhestand versetzt worden ist, ist verpflichtet, gegen Entgelt eine Beschäftigung anzunehmen und zu verrichten, die ihm nach seinem Gesundheitszustand und seiner Vorbildung zugemutet werden kann. Jedes Entgelt und Einkommen aus einer Beschäftigung muß auf das Wartegeld oder Ruhegehalt angerechnet werden. Die Verpflichtung samt Anrechnung entfällt, wenn der Beamte das 65. Lebensjahr vollendet hat.“

## „Den Letzten beißen die Hunde“

### Hausfrau gegen Ernährungsministerium

Unter der Überschrift „Der ewige Organisationsmangel“ gaben wir in UT Nr. 16 einer Leserzinschrift Raum, in der eine geplagte Hausfrau ihrer verständlichen Entrüstung über die sich noch immer wiederholenden Verzögerungen der Lebensmittelzuteilungen Luft macht. Dagegen kann man sicher nichts sagen. Aber das Schlimme kommt erst. Diese „kleine Hausfrau“ hat es gewagt, das „große Ministerium“ für Landwirtschaft und Ernährung für die von Amts wegen als Ursache der Verzögerungen angegebenen „Organisationsmängel“ verantwortlich zu machen. Ja, sie hat sogar gesagt, daß diese nur eine Umschreibung für das Versagen der maßgebenden Stellen darstellt. Dieser „unerhörten Dreistigkeit“ ist denn auch die Strafe auf dem Fuße gefolgt, in Gestalt eines umfangreichen Briefes an die Redaktion. Darin beschwert sich das Ministerium zunächst über den völlig „indiskutablen Ton“ des Artikels und (man höre und staune!) zieht uns der Unsachlichkeit, weil wir eine Leserstimme zu Wort kommen ließen, die das ausdrückt, worüber sich die Hausfrauen seit Jahren beschwerten.

Das Ministerium schreibt, daß die Öffentlichkeit jeweils über die wirklichen Ursachen der Verzögerungen informiert wird, und „daß auch Ihre Redaktion wissen müßte, daß es sich hier um ein Versagen handelt, für das das Ministerium nicht haftbar gemacht werden kann“ (!?). Wer ist dann verantwortlich für die ewigen Verzögerungen, die nun schon vier Jahre dauern? Die „Organisationsmängel“ sind nichts anderes als der Ausfluß der in Westdeutschland von der CDU betriebenen Wirtschaftspolitik, die den Bauer zum Schwarzmarkt drängt, weil er die dringend benötigten Maschinen, Geräte, Saatgut usw. zu den hohen Preisen nicht kaufen kann. Die Ablieferungsmengen werden dadurch immer kleiner und wir sitzen dauernd auf dem Trockenen, weil wir auf Einfuhren warten müssen. Unsere eigene Erzeugung reicht natürlich nicht aus zur Befriedigung des Bedarfes. Wo aber sind die Maßnahmen zu einer Steigerung der Erzeugung geblieben? Müßen wir das CDU-Ministerium an die Bodenreform erinnern? Wo sind die Maßnahmen geblieben, die dem Bauern einen Anreiz zur Ablieferung geben? Wo besteht eine vernünftige Vorratswirtschaft, um wenigstens regelmäßig ein gewisses Minimum an die Bevölkerung ausgeben zu können? Den Hausfrauen ist es lieber, wenn sie eine, wenn auch kleinere Menge regelmäßig erhalten, als vier oder sechs Wochen lang gar nichts und dann alles auf einmal. Wo sollen die Hausfrauen das Geld hernehmen, wenn die Aufrufe manchmal haufenweise erfolgen?

Solange diese Zustände sich nicht ändern, muß es das CDU-Ministerium über sich ergehen lassen, daß — wie es so treffend in seiner eigenen Erklärung heißt: „den Letzten die Hunde beißen“. Das ist nicht angenehm. Deshalb empfehlen wir: „Beißen Sie auch, bis Sie den Letzten erwischen!“ Tun Sie dies vor allem schnell, sonst erhalten Sie bei der nächsten Wahl von den unzufriedenen Hausfrauen die Quittung für die „Organisationsmängel“.

Diese „Drohung“ unserer Leserin hat übrigens auch die Süvozit aufgescheucht. Triumphierend ruft sie in Nr. 20 aus: „Aha! Da wird die Katze aus dem Sack gelassen. Wenn es so weit ist, dann wird „aufgeräumt“. Warum gleich „aufräumen“, liebe Süvozit? — das klingt so häßlich. Warum wollen Sie unserer Leserin etwas unter-schieben, was sie nicht gemeint hat?

## Was unsere Leser schreiben:

### Zwei Welten

Unter obiger Überschrift bringt das Neue Baden in der Nummer 19 einen Leitartikel, der sich mit dem Krawtschenko-Prozeß und der Aburteilung Mindszenty in Budapest befaßt. Als einfacher Arbeiter muß ich feststellen, daß sich „Das Neue Baden“ die Beweisführung wirklich leicht gemacht hat. Dieses Organ des Geldsacks weiß natürlich so gut wie wir Arbeiter, daß es sich bei dem Termin in Paris um einen Beleidigungsprozeß handelt, während in Budapest ein Landesverratsprozeß zur Verhandlung stand. Soviel mir bekannt ist, wird Landesverrat auch im Westen mit hohen Strafen belegt. Oder will uns das Organ der Demokraten vielleicht weismachen, daß Landesverrat in den „Kulturländern des Westens“ ungeahndet bleibt?

Man höre doch endlich mit der Heuchelei auf, als ob Mindszenty angeklagt worden ist, weil er Kardinal war. Nicht der Geistliche, sondern der Politiker Mindszenty saß auf der Anklagebank und wurde verurteilt. Das hat auch die Arbeiterschaft bereits erkannt. Zu den weiteren Feststellungen des Blat-

### Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACÉES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermissten Personen.

BULLIUNG Edmund; am 20. 2. 12 geb.; am 3. 10. 44 einberufen.  
HAPCHETTE Jules; am 14. 1. 1920 von Thionville nach Saarbrücken versetzt.

NUSSBAUM Edouard; am 3. 3. 1904 geb.; von Strasbourg-Cronenbourg nach Posen Reichsbahn versetzt, letzte Adresse: Litzmannstadt, letzte Nachricht vom 18. 11. 1944 aus Litzmannstadt.

PIERRET Jules; am 12. 4. 1899 geb.; im Januar 45 von der Gestapo in Breslau verhaftet, letzte Dienststelle: District Sarrau RBD Breslau.

SPITZ Guillaume; am 13. 12. 1916 geb.; von Strasbourg nach Karlsruhe RBF, letzte Adresse: Karlsruhe, Kaiserallee 71, IV.

WEISS Andre; am 14. 4. 1917 geb.; von Strasbourg nach Villingen versetzt. Letzte Adresse Villingen, Bickenstr. 5 (Frau Selter).

WITTMAYER Leo; am 21. 10. 1913 geb.; von Strasbourg nach Karlsruhe 1943 versetzt. Ende März 1945 in Chermise/Polen in einem Gren. Ers.-Batt.

BERAUD Gabriel; am 1. 10. 1922 geb.; unter Polizeiaufsicht vom 23. 12. 43 bis 3. 3. 44 und vom 4. 3. 44 im Gefängnis in München-Stadelheim.

BOURVIC Yves; am 12. 4. 1921 geb.; am 5. 9. 1944 in Sener (Finistere) verhaftet nach Hannover deportiert.

BURETTE Maurice; am 9. 10. 1910 geb.; am 11. 2. 1944 in Bruyannat (Ain) verhaftet. Nach Mauthausen deportiert, war auf der für Auschwitz bestimmten Gefangenliste.

CATORE Roger; am 10. 4. 1895 geb.; Adresse: Schwäbisch-Gmünd, Arbeitgeber Erhardt & Söhne, A. G.

CHAVOT Marcel; am 7. 10. 1916 geb.; war am Bahnhof Kronitzel; am 18. 12. 1943 verhaftet, nach Groß-Rosen deportiert.

## Das ist die Jugend der Zukunft!

### Briefe eines Arbeiterstudenten aus der Ostzone.

Vor einiger Zeit sandte uns Frau H. aus O. Briefe zu, die sie von ihrem 20jährigen Neffen aus der Ostzone erhalten hat. „Sie zeigen, mit welchem Schwung und Idealismus die FDJ am Aufbau in der sowjetischen Zone Anteil hat. Man sollte dieses der Jugend Badens und den Freiburger Studenten einmal vor Augen halten“, heißt es treffend in dem Begleitbrief. Wir können leider nur die wichtigsten Stellen auszugswise veröffentlichen, aber wir glauben, daß auch so ein objektives Bild über das Leben und die Gedanken der Jugend „drüben“ entsteht. Diese Briefe sprechen für sich. Sie zeigen, wie eine Jugend das Leben anpackt, die weiß, daß sie nicht mehr für Ausbeuter und Unterdrücker arbeitet, sondern für die Zukunft ihrer Volk für ihre Zukunft.

In einem Brief vom 30. 6. 48 heißt es z. B.: „Heute schreibe ich nun nicht mehr von Piesteritz. Ich bin jetzt hier in Halle an der Universität als Student. Wer hätte jemals gedacht, daß man noch einmal mit so viel Freude von vorne beginnen könnte. Trotzdem ich doch schon einige Jahre verloren habe, nehme ich diese Jahre noch auf mich. Ich bin ja auch lange nicht der Älteste. Mit 35 Jahren fangen hier noch Kameraden an.“

Unser Semester besteht nur aus Arbeiterstudenten. Es sind alles gute Kerle, die bis jetzt in den Fabriken, Kohlen-schächten, Büros und Landwirtschaften arbeiteten. Ihnen allen ist es möglich zu ihrem Ziel zu gelangen. Alle lernen eifrig. Es gibt keinen, der die Sache leicht nehmen würde. Alle sind schon durch die harte Schule des Lebens gegangen und bringen viel Kraft mit. Wir haben einen drunter, den ich immer wieder bewundere. Der rechte Arm und die linke Hand fehlen ihm, und trotzdem will er noch lernen. Er schreibt mit seinem Stummel.

... — Die Grundpflicht eines jeden Studenten

ist es, mit dem Betrieb und mit den Arbeitern, aus deren Reihen er kam, eine persönliche Verbindung zu haben. So sollen wir auch in den Ferien wieder einige Zeit in den Betrieben arbeiten. Weil unser Studium durch die Arbeiterschaft ja nur ermöglicht wurde, sollen wir immer zur Arbeiterschaft stehen. Das ist ja eigentlich sonnenklar.

Wir bekommen hier Lebensmittelkarte II. Das sind in 10 Tagen 4500 gr Brot (dazu kommen noch 1500 gr Zusatz für Studenten), 350 gr Fleisch, 350 gr Fett, 250 gr Zucker, 300 gr Marmelade, 400 gr Nahrungsmittel. Die Abschnitte werden meistens voll beliefert. Einige Male bekamen wir für Fett doppelte Menge Zucker oder für Fleisch teilweise Fisch. Auf Gemüsekarte bekommen wir auch genug. Also kurz und gut, man kann auskommen. Daß ich mit meinem Kuhmägen natürlich auch wirtschaften muß, ist klar. Neulich hatten wir eine Sonderzuteilung von 500 gr Oel.

In Piesteritz gibt es sonst wohl nicht viel Neues. Der Gemeindebau am Streng hat nun endlich Dachstuhl und Dachziegel bekommen. Es ist noch sehr schwer, Baumaterial zu bekommen, weil die vielen Neubauernhöfe vorgehen. Ueberall schieben sie jetzt aus der Erde.

Am Sonntag haben wir einen Gedenkstein für die Opfer des Faschismus in Piesteritz eingeweiht. Er steht in der Schulstraße auf den Grünflächen vor der Schule. Es waren viele Kranzdelegationen aus vielen Orten da. So z. B. Halle, Magdeburg, Wittenberg, Jerichow, Haldensleben, Torgau, Schweinitz, viele Orte aus dem Kreis usw. usw. Im Ganzen waren es über 2000 Menschen und über 100 Kränze.

... Hoffentlich kommt Ihr nun bald zu uns. Was sollt Ihr auch noch da unten. Uebri-

gens scheint man dort mächtigen Schiß vorm Russen zu haben. Mich persönlich freut das außerordentlich. Wenn der Russe dort wäre, würde es wahrscheinlich anders aussehen. Davor haben die Bonzen da unten ja bloß Angst. Wir können uns über den Iwan nicht beschweren. Er ist ganz gemächlich und durchaus friedlich. Schöner wären ja natürlich keine Besatzungstruppen, aber er will ja sowieso bald abhauen. Er wartet nur noch die Meinung der drei anderen ab, wahrscheinlich aber vergeblich. Bei uns macht sich der Gedanke und die Meinung breit, daß man dann eben nur mit dem Iwan den Friedensvertrag macht, ohne die anderen. Wahrscheinlich kommen wir so besser fort. Vom roten Faschismus kann gar keine Rede sein. Wenn man natürlich Wirtschaftssaboteure und Spione beseitigt, dann nur mit Recht.“

Ueber die großen Leistungen der Werktätigen beim Aufbau heißt es: „Die Jungen sind mit einer großen Begeisterung dabei. Auch ich fahre in meiner Freizeit Sonderschichten. Ich gehöre auch zum Jugendaktiv des Stickstoffwerkes. Diese Jugendlichen springen überall dort ein, wo es nicht weitergehen will. Trotzdem ich mit dem Werk sonst nichts zu tun habe, bin ich als Student immer mit den Jugendlichen zusammen, um die Klüft zwischen Fabrik und Universität zu überbrücken. Dabei kann man vor allen Dingen den zukünftigen Studenten helfen, sie aussuchen und ihnen Mut zusprechen. Der Mut fehlt sehr oft, weil sie denken, sie sind zu dumm für die Uni. Vor allen Dingen kann man sich in der Fabrik oft die Kraft holen, die man zum Studium braucht. Am Sonntag vor 14 Tagen habe ich mit den Jugendlichen eine Sonntagsschicht gemacht, in der ich schon nach 3 Stunden das Tagessoll erfüllt hatte. Wir waren im Sprengstoffwerk Steine abbrechen.“

... Fast jedes Land in der Ostzone hat ein Dorf der Jugend. Wir aus Sachsen-Anhalt haben unseres in Schlieben bei Herzberg. Gehören tut es der FDJ. Es ist eine ehemalige Panzerfaust-

fabrik und ein KZ-Lager. Auf diesem großen Gelände soll eine Siedlung entstehen, nur von der Jugend für die Jugend erbaut. Das Geld bringt ebenfalls nur die Jugend auf. Alle Arbeit daran ist freiwillig und wird nicht bezahlt. Es sollen dort gebaut werden: eine Landmaschinenfabrik, eine Fabrik für technische Meßinstrumente, eine Lehrwerkstatt für 800 Jugendliche usw. Nebenbei werden noch Wohnhäuser für die Jugendlichen und Gehöfte für jugendliche Bauern errichtet werden. Zur Bestellung der Felder wird eine tolle Berieselungsanlage gebaut (großes Becken 30 x 15 Meter). Ein großes Klubhaus steht schon mitten im Walde.

Wir sind am Sonnabend mit einem Auto nach Schlieben gefahren. Abends kamen wir an. Kurz vor dem Ziel hatte unser Omnibus einen Achsenbruch. Der wurde aber am nächsten Morgen von Jugendlichen in einem unglaublichen Tempo behoben. Nachts schliefen wir in den ehemaligen KZ-Baracken, Mann an Mann, so viele waren gekommen. Früh um 6.00 Uhr, als der Mond noch am Himmel stand und vor Nebel nichts zu sehen war, gingen an die Arbeit. Geschuftet haben wir wie die Irren. Aber es hat Spaß gemacht. Mittagspause gab es nicht. Jede Gruppe wollte die andere überflügeln. Es waren viele Kreise da. Die Wittenberger und vor allem wir Piesteritzer haben die anderen weit in den Schatten gestellt. Mit 246 Prozent Uebererfüllung lagen wir an der Spitze vor den Hallenser Studenten mit 210 Prozent. Wir schachteten den Keller für einen großen Wohnblock aus, Meter für Meter haben wir abgetragen und die Maurer haben ebenso weitergemauert, daß nach 8 Stunden Arbeit das Haus bis ein Meter über dem Boden stand. Glücklicherweise müde haben wir uns auf die Heimreise begeben. Am nächsten Sonntag wollen wir zum Trümmerfahren nach dem Wittenberger Behnhof, und morgen ist ein Trümmereinsatz in Halle. So vergeht meine Zeit. Ich fühle mich aber ganz wohl dabei.

... doch für unsere Zukunft, was wir schaffen.



## AUS UNSERER HEIMAT

Redaktion des Heimattells: Freiburg,  
Schwabentorstraße 1, Telefon 2239  
Verantwortlich: H. Schäfer

### Was gibt es auf Karten?

**Brot:** Die gleichen Rationen wie im Januar, außerdem Weißbrot für alle Gruppen auf Abschnitt 7 500 g.

**Fleisch:** Die gleichen Rationen wie im Januar (3. Dekade).

**Weißmehl:** Auf Abschnitt 9 und 10 je 750 g für alle Verbrauchergruppen (Februar-Zuteilung).

**Zucker:** Von 0-6 Jahren: Abschn. 45 1000 g, Abschn. 46 500 g, = 1500 g. — Von 6 Jahren an: Abschn. 45 1000 g, Abschn. 46 400 g, Kleinabschnitt 100g, = 1500 g. — Schwerarbeiter: Gr. I Abschn. 189, 193 je 50g = 100 g, Gr. II Abschn. 289, 293 je 100 g = 200 g, Gr. III Abschn. 389, 393 je 150 g = 450 g, Gr. IV Abschn. 489 200g, 493 250g, 497 200 g. — Mütter: Abschn. 913 450 g.

**Marmelade:** Für Monat Januar und Februar auf die Februar-Schwerarbeiter-Karten: Schwerarbeiter Gr. IV: Abschn. 490, 494, 498 je 400 g = 1200 g. Ausgabe: In der Filiale des Konsumvereins Ecke Schwabentor- und Wallstraße.

**Schweineschmalz** für Nachzügler ist noch nicht eingeflossen. Ausgabe voraussichtlich noch im Laufe der Woche, zusammen mit dem Rest der Februar-Pettration.

### Achtung, Stadtratssitzung!

**Freiburg.** Der Stadtrat hält seine nächste öffentliche Sitzung am Freitag, 25. Februar um 15.00 Uhr — also morgen! — in der Aula des Rathauses. Auf der Tagesordnung steht unter anderem der Wiederaufbau — Wohnungslage — Bau Prioritätsprogramm — Ernährungsfrage — Räumliche Verhältnisse in den Volksschulgebäuden — Schlachthofgebühren und Verschiedenes.

### Freiburger Veranstaltungen

**Lichtspiele:** Casino: Der Herr in Grau (wird verlängert). — Friedrichsbau: Draufgänger (ab Freitag: Damals). — Kandelhof: Draufgänger (wird verlängert). — Harmonie: Die Söhne des Herrn Gaspary (ab Freitag: Die Wirtin zum Weißen Rössl — nur 2 Tage). — Union: Peer Gynt (ab Freitag: Vergiß mein nicht)

### Von der Universität Freiburg

In der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg wurde das planmäßige Externat für Philosophie und Erziehungswissenschaft an Prof. Dr. Eugen Fink unter Ernennung zum persönlichen Ordinarius übertragen. Prof. Fink begann seine wissenschaftliche Laufbahn 1930 als Assistent und Mitarbeiter von Edmund Husserl. Seine Veröffentlichungen beziehen sich vor allem auf die späte Phase der Husserlschen Philosophie. Fink ist Mitbegründer des Husserl-Archives in Löwen (Belgien). Die Naturwissenschaftlich-Mathematische Fakultät der Universität Freiburg i. Br. hat dem Forstmeister Otto Feucht Stuttgart, zu seinem 70. Geburtstag die Würde eines Dr. h. c. verliehen in Anerkennung seiner Verdienste um die wissenschaftliche Fundierung standortsgemäßer Waldbauplanung durch eine entsprechende Pflanzen-Soziologie, sowie um die botanische Heimatforschung in Württemberg und in Würdigung seiner erfolgreichen akademischen Lehrtätigkeit an der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim. — Die feierliche Promotion durch die Fakultät und ihre forstwissenschaftliche Abteilung findet am 19. Februar statt.

### Freiburger Briefmarken

Nachdem nun der Druck der Rote Kreuz-Marken beendet und der Druck der Freiburger Marken fertig gestellt ist, sollen die Freiburger Marken zwischen der Ausgabe der Rote-Kreuz-Marken und der Rote Kreuz-Markensblocks zum Verkauf gestellt werden. In kürzester Frist werden also die Freiburger Sonderbriefmarken den philatelistisch interessierten Kreisen zur Verfügung stehen. (Marken in vier Werten; außerdem Blocks aller Werten)

**Freiburg.** In der Nacht vom 17./18. Februar 1949 wurden Einbrecher in einem der neuen Behelfsläden in der Werderstrasse bei ihrem unsauberen nächtlichen Handwerk durch einen Wachmann des Schutz- und Wachdienstes, Inh. Karl Stoffel, gestört. Größerer Schaden konnte so verhütet werden.

### Gewerkschaftsveranstaltung

**Müllheim.** Der Ortsausschuß der Gewerkschaft Müllheim und Umgebung hatte am Mittwoch vergangener Woche in der Festhalle ein Konzert mit anschließendem Tanz veranstaltet. Das reichhaltige Programm bot für alle Anwesenden frohe und unterhaltsame Stunden. Besonders der Handharmonikaklub gab bis in die frühen Morgenstunden sein Bestes. Auch die Mitwirkung des hiesigen Gesangsvereins trug sehr zur Verschönerung des Abends bei. Leider war der Besuch durch die Bevölkerung verhältnismäßig gering. Es ist sehr schade, daß besonders die Werktätigen den Veranstaltungen der Gewerkschaften, die ja für sie und in ihrem Interesse gemacht werden, nicht immer die Aufmerksamkeit schenken, die diese Veranstaltungen verdienen.

### Kreis-Jahresversammlung der Kaninchenzüchter

Der „Kreisverband Emmendingen im Landesverband Südbadischer Kaninchenzüchter“ hielt seine Jahresversammlung ab. Unter reger Aussprache wurden die einzelnen Punkte der Tagesordnung erledigt. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab verschiedene Veränderungen. Der neugewählte 1. Vorsitzende, Wilhelm Wahl, Waldkirch, gab eine Uebersicht über die von ihm geplante, in der Hauptsache züchterische Arbeit und schloß die harmonisch verlaufene Versammlung mit Dank- und Anerkennungsworten für die geleistete mühevollen Arbeit der bisherigen Vorstandsmitglieder.

## Aus den Betrieben

### Getroffene . . . bellen!

**Freiburg.** In der Rhodiasteta wird die Diskussion über die „Rhodia-Vereinigung“ fortgesetzt. Betriebsratsvorsitzender Schnabel veröffentlichte einen Anschlag, in dem auf unseren Artikel über die Gründungsversammlung hingewiesen wird, — natürlich nicht, ohne zu behaupten, er hätte Unwahrheiten und Verdrehungen enthalten — sowie auf die bisher noch inoffizielle Stellungnahme der Gewerkschaften.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß ausgerechnet Herr Schnabel anfängt zu bellen. Man muß die Frage stellen, was er eigentlich damit bezweckt? Ausgerechnet der Betriebsratsvorsitzende tritt für diesen Werkverein ein, der keine andere Aufgabe haben kann, als die Werktätigen von ihren Lohnforderungen abzulenken und ihnen die Bedeutung der Betriebsratswahlen zu verschleiern. Ausgerechnet der Betriebsratsvorsitzende bringt es fertig, die Tatsache z. B. unberührt zu lassen, daß der Werkverein die Direktion höchstens DM 3000.— monatlich kosten kann, während eine Lohnerhöhung von 20 Pfennigen pro Stunde (mindestens) sie fast DM 15 000.— kosten wird! Ausgerechnet der Betriebsratsvorsitzende ist sich nicht darüber im Klaren, daß dieser Verein sich nicht im geringsten von den gelben Werkvereinen der Bismarckzeit, von der DAF des Dr. Ley unterscheidet?

Herr Schnabel ausgerechnet, der sich so zum Fürsprecher ganz bewußter Profitinteressen der Direktion auf Kosten der Arbeiter macht, wagt auch noch zu behaupten, der gesamte Vorstand der Gewerkschaften habe unseren Artikel vom 17. Februar abgelehnt? Wo sitzt Herr Schnabel eigentlich? Es will uns scheinen, er habe sich ein wenig zwischen zwei Stühle gesetzt. Die Arbeiter der Rhodia allerdings werden besser wissen, als Herr Schnabel, daß man nicht auf zwei Pferde setzen kann. Entweder Herr Schnabel vertritt ihre Interessen unter dem Gesichtspunkt gewerkschaftlicher Forderungen, die eindeutig die Bildung solcher Werkvereine ablehnen, oder er

geht gegen die Interessen der Arbeiter mit der Direktion. Er wird seine Position durch eine Neuaufgabe einer alten Goebbels-Platte nicht festigen. Wir werden am Samstag die nächste Phase der Entwicklung, die diese gestern in einer internen Besprechung der Rhodia mit den Gewerkschaften stattfand, ernsthaft beleuchten.

### Eindeutig „Ja“ zur Lohnerhöhung

**Freiburg.** In einer Betriebsversammlung der Firma Spohn und Knöll sprach der 1. Vorsitzende der Landesvereinigung Chemie, Papier, Keramik Kollege Faulhaber über die Bedeutung des seit Monaten verabschiedeten Betriebsrätegesetzes, zu dem aus durchsichtigen Gründen bis heute noch keine Wahlordnung erlassen ist.

Mit einem geschichtlichen Rückblick begründete Kollege Faulhaber das Recht der Mitbestimmung in den Betrieben. Kollege Rosenblatt, 1. Vorsitzender der Ortsgewerkschaft Chemie und Fabrikarbeiten, berichtete über die scharf ablehnende Haltung der Arbeitgeber in den letzten Lohnverhandlungen, die jedes soziale Verständnis vermissen ließ. Es sei jetzt Sache der Mitglieder selbst in einer Urabstimmung zu zeigen, daß sie einig und geschlossen hinter der bescheidenen 20prozentigen Lohnforderung der Gewerkschaft stehen.

In der Aussprache, an der sich außer dem Betriebsleiter auch der Betriebsrat beteiligte, stellte Kollege Faulhaber nochmals klar das Recht zu diesen Forderungen heraus.

Es kam bei der Diskussion der Wille zum Ausdruck, in der Urabstimmung, mit eindeutigen „Ja“ die Lohnforderungen zu vertreten.

Nach einem Appell an die Anwesenden, in der Generalversammlung der Ortsgewerkschaft Chemie und Fabrikarbeiter am 18. 3. 1949 in der Harmonie um 19.30 vollzählig zu erscheinen, schloß der Betriebsrats-Vorsitzende Kollege Fleck die gut besuchte Versammlung.

## Im Namen des Volkes

Anläßlich der letzten Freiburger Stadtratssitzung hatten wir unter obiger Ueberschrift einen Artikel veröffentlicht, der aufzeigte, welche Methoden heutzutage angewandt werden, um Zuzugs- und Wohngenehmigungen zu erhalten, die zunächst von den zuständigen Behörden abgelehnt werden. Wir zeigten auf, wie in dem betreffenden Falle (nachzulesen in unserer Ausgabe vom 5. 2. 49) ein Ehepaar, das sich jahrelang nicht um seine Freiburger Wohnung gekümmert hatte, nun mit Hilfe des Oberbürgermeisters und anderer befreundeter Stellen und Rechtspflger auf Kosten einer vielköpfigen Arbeiterfamilie, die die Wohnung zur Zeit inne hat, ihre Ansprüche durchsetzt. Daraufhin erhielten wir eine Zuschrift des hiesigen Justizministeriums, in der gegen den Ton unseres Artikels protestiert wird und juristisch versucht wird, zu beweisen, was garricht zur Debatte stand, nämlich, daß ja die betreffende Familie sich „bereit“ erklärt hat, die Wohnung zu räumen, „juristisch“ also der Fall eindeutig zu Gunsten der ehemaligen Wohnungsinhaber entschieden sei.

Juristisch allerdings ist gegen den Spruch des Gerichts nichts einzuwenden, wenn man sich auf den Boden der heutigen Rechtsprechung stellt. Aber gerade diese Art, heute „Recht“ zu sprechen, die griffen wir ja an. Wir können es unter keinen Umständen gutheißen, daß man Gerichtsurteile mit dem Kopf „Im Namen des Volkes“ schmückt; Urteile, die sich eindeutig gegen die Interessen des werktätigen Volkes richten und sog. „Rechtsansprüche“ bestimmte Kreise sanktionieren, die ohne Rücksicht auf die Not der Werktätigen ihre egoistischen Ziele durchzusetzen versuchen. Es ist auch in diesem Fall — wie in allen ähnlich gelagerten Fällen — eindeutig klar, daß man eine Arbeiterfamilie auf die Straße setzt, gleichgültig, wie lange diese die Räumung etwa herausziehen kann. Letzten Endes wird sie zweifellos mit irgendeiner Wohnung vorlieb nehmen müssen, die vom Gericht als „angemessen“ angesehen wird. Wir behaupteten bereits, daß dieser Fall

nicht der Einzige ähnlicher Natur ist. Die Freie Demokratische Jugend, zum Beispiel, führt seit mehr als zwei Jahren einen Prozeß, den eine private Hausbesitzergesellschaft immer wieder von neuem gegen sie aufrollt. Die Kosten dieses Prozesses gehen in die Hunderte und es ist schon heute vorzusehen, daß auch dieser Prozeß einmal „Im Namen des Volkes“ gegen die werktätige Jugend der Stadt entschieden wird. Nicht anders ist es mit dem „Haus der Jugend“, das ebenfalls von Privatseite beansprucht wird, zuungunsten aller Freiburger Jugendverbände. Und auch hier, das ist gewiß, würde sich ein hiesiges Gericht nicht scheuen, „Im Namen des Volkes“ gegen das Volk zu entscheiden.

Wir haben uns seinerzeit die Freiheit genommen, diese Methoden augenblicklicher Rechtsprechung zu verurteilen und Gerichtsurteile, die sich mit dem besagten Kopf schmücken, eine Frechheit zu nennen. Es ist bezeichnend, daß man darauf sofort (!) reagierte und sich beleidigt fühlt, aber sowohl der Oberbürgermeister als auch Herr Schieler vergaßen zu dem betreffenden Fall Stellung zu nehmen. Wir erinnern noch einmal an diese Forderung: Eindeutig steht in diesem Falle fest, daß die ursprüngliche Weigerung des Wohnungsamtes, den Wohnungsinhabern ihre beantragte Aufenthalts- und Wohnberechtigung in Freiburg zu erteilen, nur durch Anweisung des OB rückgängig gemacht wurde und dadurch dem Gericht Gelegenheit geboten wurde, „juristisch“ die „Berechtigung“ der Ansprüche der Kläger anzuerkennen. Um das Recht der Arbeiterfamilie auf eine menschliche Beurteilung ihrer Not, der Not tausender bombengeschädigter Familien unserer Stadt, hat sich das Gericht herzlich wenig gekümmert, ebensowenig der Oberbürgermeister unserer Stadt. Wir aber fordern deshalb für alle, die ohne Schuld durch den Hitlerkrieg in Not gerieten. Recht im Namen des Volkes! Des Volkes, das nicht dulden kann und wird, daß auf seine Schultern die Lasten des Krieges abgewälzt werden. (s.v.)

## Betriebsarbeiter der KP

In einer Zusammenkunft der Betriebsarbeiter der Partei ergriff zunächst Genosse Faulhaber das Wort und zeigte klar auf, mit welchen Methoden die Unternehmer begonnen haben, eine Generaloffensive gegen die Forderungen der Werktätigen zu führen. Sie begründen ihre Haltung gegen die Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen mit Absatzschwierigkeiten und Stromeinsparungen. Demgegenüber steht aber fest, daß z. B. die Opel-Werke vom Tage der Währungsreform bis zum September vorigen Jahres Reingewinne von über 11 Milliarden DM erzielten. So ähnlich steht es bei den meisten Großunternehmen. Auch das weitere Argument der Unternehmer, die Preise würden fallen, steht im absoluten Gegensatz zu der Wirklichkeit, besonders seit bekannt ist, daß die Lebensmittelpreise bis zu 25 Prozent erhöht werden, zwecks „Angleichung“ an die Weltmarktpreise. Nach wie vor steht deshalb die Forderung nach höheren Löhnen an der Spitze, die Gewerkschaften werden sich auch nicht durch Stimmen irritieren lassen, die versuchen das Lohnproblem das mit dem Geschwätz „von der Preisseite“ abzutun.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand dann das vom Lohnproblem untrennbare Mitbestimmungsrecht der Werktätigen und die Verusche der Unternehmer, das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes zu hintertreiben. In diesem Zusammenhang steht auch die Bildung der sog. Werkvereine.

Die Betriebsarbeiter beschlossen, ihre Wachsamkeit gegenüber den Einschläferungsversuchen der Unternehmer zu verstärken und sich zur Berichterstattung regelmäßig zusammenzufinden. Es wurde zum Schluß deshalb auch betont, in Zukunft noch mehr Wert auf eine ausgedehnte Betriebskorrespondenz zu legen, zu der auch außenstehende Werktätige aufgefordert werden.

### Das geht doch zu weit!

**Freiburg.** Vor kurzem erhielten wir die amtliche Bekanntmachung der Ausgabetermine für die Lebensmittelkarten. Darunter stand folgender Passus: „Zur Besonderen Beachtung! Die Lebensmittelkarten sind an den vorgesehenen Tagen abzuholen. Für nachträglich abgeholte Lebensmittelkarten wird eine Gebühr von DM. 0.50 pro Haushalt erhoben.“

Die Freiburger Bevölkerung fragt sich mit Recht, wie das städtische Ernährungsamt dazu kommt, für Nachzügler generell zusätzliche Gebühren zu erheben. Es gibt ungezählte Gründe, warum jemand den angegebenen Termin nicht einhalten kann. Krankheit, vorübergehende Abwesenheit usw. Wir bezahlen schließlich unsere Steuern und dürfen doch wohl verlangen, daß die städtische Behörde auch für diejenigen gebührenfrei da sind, die aus irgendwelchen Gründen einmal angegebene Termine nicht einhalten können. Sicher ist die Bitte des Ernährungsamtes verständlich, daß sich jeder nach Möglichkeit an die Termine hält. Aber Gebühren als Strafe für Zuspätkommen, das geht zu weit!

Das beste an der Geschichte aber ist, daß die Bekanntmachung des Amtes so spät bei uns einlief, daß wir nicht einmal in der Lage waren, sie rechtzeitig zu veröffentlichen! Wir hatten erst vor kurzem darauf aufmerksam gemacht, daß wir bereits Mittwochsabend Redaktions-schluß für die Samstagsausgabe haben. Dieser Termin wurde vom Ernährungsamt ebenfalls nicht eingehalten, obwohl die Bekanntmachung bereits vom Mittwoch, den 16. Februar datiert. Es wäre also angebracht, wenn das Amt seine Drohung zurückzieht und die Nachzügler ungeschoren läßt. 50 Pfennige sind für viele Haushalte heute wieder eine Menge Geld. Sollte das Amt aber dennoch Gebühren erheben, so fordern wir unsere Leser auf, uns umgehend diese Fälle zur Kenntnis zu bringen!

Während heute, Donnerstag, 24. Februar, der Termin für Zählungen bereits abgelaufen ist, gelangen die Lebensmittelkarten für die Innenbezirke, Haslach, St. Georgen, Littenweiler und Betzenhausen noch heute und morgen in der Zeit von 8 bis 16 Uhr zur Ausgabe.

# Sport UND Spiel

### Die Spiele am Sonntag

**Süddeutsche Oberliga:** Bayern-München — SV Waldhof; Stuttgarter Kickers — FC Nürnberg; VfR Mannheim — VfB Stuttgart; VfB Mühlburg — 1860 München; Ulm 46 — Schwaben Augsburg; Kickers Offenbach — Eintracht Frankfurt; FSV Frankfurt — Schweinfurt 05; BC Augsburg — Rödelheim.

**Norddeutsche Oberliga:** St. Pauli — VfL Osnabrück; HSV — Concordia Hamburg; Arminia Hannover — Bremerhaven.

**Westdeutsche Oberliga:** Alemannia Aachen — Borussia Dortmund; Spfr. Katernberg — Schalke 04; Preußen Münster — Erkenschwick; Horst Emscher — Wurselen.

**Zonenliga Nord:** FC. Kaiserslautern — Wormatia Worms; Gonsenheim — Neustadt; Oppau — Eintr. Trier; Pirmasens — Ludwigshafen; Andernach — Neuwied; Trier Kürzen — Mainz 05.

**Zonenliga Süd:** Biberach — Friedrichshafen.

### Unser Tip für Sonntag

**Spieltage am 27. Februar 1949**

BC Augsburg — Rödelheim	1 2 1
Kickers Stuttgart — FC Nürnberg	2 1 X
Bayern München — SV Waldhof	X 2 2
Ulm — Schwaben Augsburg	2 2 1
FSV Frankfurt — Schweinfurt	1 X 1
Mühlburg — 1860 München	X 1 2
VfR Mannheim — VfB Stuttgart	1 1 X
Pirmasens — Ludwigshafen	1 2 X
Kaiserslautern — Worms	1 X 1
Oppau — Eintracht Trier	2 2 1
Trier Kürzen — Mainz 05	2 X 2
Fortuna Freiburg — Zähringen (Handball)	1 2 1
Kick. Offenbach — Eintr. Frankfurt	1 1 1
Andernach — Neuwied	2 X 2

### Fußball, Bezirksliga Freiburg

**Spitzenreiter ASV in Staufen geschlagen**

Eine sensationelle, wenn auch knappe 0:1 Niederlage erlitt der Freiburger ASV in Staufen, während Kenzingen in Tenningen wieder einmal in Schußlaune war und mit 13:1 den Gastgeber überrannte. Auch in Zähringen gab es eine hohe Torquote beim Treffen gegen Waldkirch, das die Einheimischen mit 8:1 gewannen. Die Tabellenspitze weist immer noch ihre alte Reihenfolge auf mit dem ASV Freiburg an der Spitze (23 Pkt.). Mit je zwei Punkten Abstand folgen dann Kenzingen, Riegel und Betzenhausen.

### Ringen

**ASV Freiburg gegen Kollnau 5:3**

Der am Samstag stattgefundenen Mannschaftskampf um die Kreismeisterschaft nahm unter Leitung von Kampfrichter Widmann (Haslach) einen einwandfreien Verlauf.

Im Fliegengewicht mußte sich Becherer (Kollnau) schon nach einer Minute durch Weber (ASV) geschlagen geben.

Bantam: Hier stellte Kollnau in Michael einen würdigen Vertreter, der jedoch alles brauchte um den sich tapfer währenden jugendlichen Nachwuchsringer Beck (ASV) nach 5½ Minuten zu besiegen.

Leichtgewicht: In Fischer (ASV) und Scherer (Kollnau) sah man zwei gleichwertige Gegner, die sich erst nach lebhaftem Kampf in der

vierten Minute mit Fischer als Sieger trennten. Im Weltergewicht konnte sich Metz (Kollnau) gegen Biasippo (ASV) eindeutig durchsetzen.

Birkenmeier (ASV) und Schultes (Kollnau) im Mittelgewicht versuchten beide ihr Möglichstes, bis es Birkenmeier in der achten Minute gelang, durch Abfangen eines Ueberwurfes seinen Gegner auf die Schultern zu legen.

Im Halbschwergewicht standen sich in Engler (ASV) und Bucher (Kollnau) zwei alte Mattenfische gegenüber die durch gegenseitiges vorsichtiges Abtasten ihre Schwächen festzustellen versuchten, bis es Engler gelang, in der zehnten Minute Bucher eine Niederlage beizubringen.

Keller (ASV) wurde von Grambach (Kollnau) schon in der 3. Minute durch einen überraschend gezogenen Hüftschwung geschlagen.

### \*

**Schwedische Sportler kommen nach Deutschland**

Als erste schwedische Amateur-Boxstaffel nach dem Kriege wird Björn Stockholm Mitte Mai zu drei Vergleichskämpfen nach Deutschland kommen und damit an die bereits von schwedischen Leichtathleten und Handballspielern wiederangebahnten sportlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern anknüpfen.

### Norddeutschlands Vorbereitungen für Süddeutschland

Für den am 13. März in Hannover stattfindenden Fußball-Rückkampf Norddeutschland — Süddeutschland hat der Spelausschuß des Norddeutschen Fußball-Ausschusses insgesamt 26 Spieler nominiert, die durch Mitglieder des Ausschusses bei den nächsten Spielen überprüft werden.



# Aus aller Welt

**Polizei-Terror über Indien**  
Kalkutta. Die indische Regierung hat eine großangelegte Polizeiaktion gegen die Gewerkschaften und gegen Mitglieder anderer fortschrittlicher Organisationen geschaffen. In den Großstädten des Landes, wie Kalkutta und Bombay, wurden bisher 300 Personen verhaftet. In der Hauptstadt Haidarabads wurde ein Sondergefängnis errichtet, da mit Massenverhaftungen gerechnet wird. Es wurden alle Maßnahmen getroffen, um Protest-Aktionen der Bevölkerung gegen diesen Polizeiterror im Keim zu ersticken. So wurde die Ansammlung von mehr als fünf Personen verboten.

**Religionsfreiheit in Bulgarien**  
Sofia. Die bulgarische orthodoxe Kirche veröffentlichte eine Erklärung, in der sie feststellt, daß entgegen den Lügengeldungen westlicher Propaganda in der Volksdemokratie Bulgarien volle Religionsfreiheit herrsche. Die bulgarische Geistlichkeit wird darin ermahnt, keine Politik in die Kirchen zu tragen und sich nicht gegen das bulgarische Volk zu stellen. Ähnliche Erklärungen veröffentlichten die jüdischen und mohamedanischen Religionsgemeinschaften.

**315 Todesopfer durch Mauereinsturz**  
Lissabon. Eine einstürzende Mauer in der Stadt Praia auf den Kapverdischen Inseln

begrub 360 Menschen unter sich, die vor dem öffentlichen Fürsorgeamt nach Lebensmitteln anstanden. Das Unglück soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß die wartende Menschenmenge gegen die 7 Meter hohe Mauer gedrängt wurde, die dem Druck nicht standhielt und in einer Länge von 30 Metern zusammenbrach. Nach letzten Meldungen beläuft sich die Zahl der Todesopfer auf 315.

**Chinesische Friedensverhandlungen**  
Nanking. Die Friedensverhandlungen zwischen der Demokratischen Volksarmee und der Kuomintang wurden erneut verschoben. Die Friedensdelegation der Kuomintang sollte am Dienstag in das Hauptquartier General Mao Tse Tung abreisen. Ueber den Grund der Verschiebung ist nichts bekannt.

Der Sitz der Demokratischen Volksregierung wurde am Dienstag aus Nordchina nach Peking verlegt.

**Gute Zeiten für Fälscher**  
Brüssel. Die Aufhebung des Schutzes für deutsche Patente brachte den Fälschern große Zeiten. So wurde u. a. seit einigen Monaten der belgische Markt mit Fälschungen der Aspirin-Tabletten in nachgemachten Packungen der IG-Farben überschwemmt. Der belgischen Polizei ist es nun gelungen, die Fabrik dieser falschen Medikamente auszuheben und drei der Fälscher zu verhaften.

# Rückgabe der Wasserfahrzeuge

(Für einen Teil der Auflage wiederholt)  
Dem Journal Officiel entnehmen wir folgende die Rückgabe der Segel-, Ruder- und Motorboote auf dem Bodensee betreffende amtliche Bekanntmachung:

1. Alle Segel-, Ruder- und Motorboote für Sport und Vergnügen werden vom 1. Februar 1949 ab ihren Eigentümern wieder zur Verfügung gestellt, mit Ausnahme derjenigen, die vom Contrôle des Sports Nautiques in Konstanz zur Befriedigung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte für erforderlich gehalten werden.
2. Die deutschen Eigentümer, die in Durchführung der vorstehenden Bestimmungen wieder in den Besitz ihres Eigentums gelangen und Ansprüche auf Entschädigung geltend machen können, müssen ihre Forderungen dem Contrôle des Sports Nautiques in Konstanz einreichen, und zwar je nach Lage des Falles:
  - a) Einen Entschädigungsantrag mit Angabe des Namens des Bootes, der Type, des Baujahres und der Werft, des Wertes im Jahre 1939 oder zur Zeit des Baues, falls dieser Bau weiter zurückliegt, der Wegnahme am — durch, der bereits erhaltenen Entschädigungen (in Höhe von — bis zum —) sowie des Ortes, wo sich das Boot augenblicklich befindet.
  - b) Einen Wiederherstellungsantrag mit den gleichen Angaben wie vorstehend.
 Diese Anträge müssen bei Vermeidung des

Ausschlusses an den Service du Contrôle des Sports Nautiques in Konstanz gerichtet werden und zwar innerhalb einer Frist von zwei Monaten seit der Einrückung dieser Vorschriften im Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland.

Die Eigentümer derjenigen Boote, die den Besatzungsstreitkräften zur Verfügung gestellt werden, erhalten vom Contrôle des Sports Nautiques einen Requisitionsschein.

3. Die auf Havarien oder Verlust des Bootes beruhenden Schadensersatzforderungen müssen entsprechend den Bestimmungen der Verordnung Nr. 134 des Général Commandant en Chef geltend gemacht werden, wenn die Leistungspflichtigen deutscher Staatsangehörigkeit sind, oder vor der Commission des Indemnités — Hôtel Stéphanie — Baden-Baden, — wenn die Leistungspflichtigen französischer, alliierter oder neutraler Staatsangehörigkeit sind.

**Pferdebewirtschaftung aufgehoben**  
Freiburg. Eine Reihe von Verfügungen über die Bewirtschaftung von Zucht- und Nutzpferden ist durch das Landwirtschaftsministerium in Südbaden aufgehoben worden. In Kraft bleibt jedoch die Bestimmung über die Ausstellung von Transportbegleit- und Schlußscheinen bei jedem Pferdeverkauf. Die Pferdeschätzungskommissionen treten nur noch in Tätigkeit, wenn in Streitfällen das Landwirtschaftsamt angerufen wird.

**Nachruf!**

Am 21. Februar 1949 verschied im 77. Lebensjahre unser Betriebsratsvorsitzender

## Johannes Helber

Mit ihm wurde nach fast 22-jähriger Betriebszugehörigkeit einer unserer treuesten Mitarbeiter und ein vorbildlicher Arbeitskamerad aus unseren Reihen gerissen.

Seine ganze Sorge galt bis zur letzten Stunde dem Wohlergehen seiner Arbeitskollegen und dem Gedeihen unseres Unternehmens. Danach brachte er trotz seines hohen Alters aber auch noch die Kraft und die Zeit auf, durch Übernahme von Ehrenämtern tatkräftig im Interesse der Allgemeinheit zu wirken. Für seine Pflichterfüllung bis zum letzten, sein soziales Empfinden und seinen Beitrag für die Vorwärtsentwicklung unseres Werkes gebührt ihm unser tiefster Dank.

Er wird in unserem Unternehmen unvergessen bleiben.

Rastatt, den 22. Februar 1949

**Geschäftsleitung und Belegschaft der  
Accumulatorenfabrik Berga GmbH.  
Rastatt**

**Stadthalle - Lichtspiele  
Offenburg**

Vom 25. Februar bis 3. März  
Hans Albers in  
**... und über uns der Himmel**

Beginn: Freitag, Sonntag,  
Dienstag 18 u. 20.30, Samstag,  
Montag, Mittwoch u. Donner-  
tag 12.00 Uhr.  
Mittwoch (Aschermittwoch)  
**Kulturfilm-Abend**  
15.30 und 20.30 Uhr.

Der schnelle, sparsame und zuverlässige  
**1/2-To-Kleinlastwagen  
GUTBROD**

Heck 504  
kurzfristig lieferbar.

**Fritz Reuter, Rastatt**  
Am Grün 25-26, Tel. 2701

**Kaffeerösterei EGLOFF**  
röstet rasch, zuverlässig und preiswert

**A. W. Egloff  
KAFFEERÖSTEREI**  
Dimmlerstraße 13  
(Haltestelle Wilh. Dürstraße)

**Amtliche Bekanntmachung des Ernährungsamts Lahr**  
Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für März 1949 erfolgt für die Stadt Lahr am Donnerstag, Freitag und Samstag, den 24., 25. und 26. Februar 1949.  
Die Einteilung ist aus den Plakaten ersichtlich, die im Laufe des Dienstag zum Anschlag kommen.  
Ernährungsamt Lahr. (32-196)

**Saalbau Drei-Könige Offenburg**

Schmutziger Donnerstag, 24. Februar 1949

## Schmutziger-Donnerstag-Ball

- 4 Stimmungskapellen -

8.11 Uhr Eröffnung durch die althistorische Narrenzunft  
Fastnacht-Dienstag **Schlußbrambo**  
abends 18.30 Uhr  
Aschermittwoch-Nachmittags 4.00 Uhr  
**Wieberrecht!**

Zur Fasend ladet ein **Josef Meier**  
zum „kleinen Meyerhof“  
**LAHR**  
in der Gassl

**Ständiger Treff**  
der Offenburger Narren und Nurrinnen in der Fasend-Klausen

**Dorer-Fred**

Hyg. Gummischutz 12 Stück 4.50 DM bei Einwendung im Brief (Nachn. 40 Pfg. mehr) sendet unauffällig an Privat: HANSA-BARTH, (24a) Lübeck, Kepa-Haus/19,2 (B 2-1)

Schmerzlose Fußpflege bei **DORA GUTH**  
Freiburg, Reiterstr. 18II

Wenn **Büdo**  
auf der Dose steht, ist's Qualität!

Büdo-Schub- und Bodenpflege

**Danksagung**

Für die überaus große Anteilnahme und Liebe, die wir beim Heimgang unseres lieben Gatten, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

## Karl Fasold

in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Jos. Heller, Geistl. Rat, für seine tröstenden Worte. Ferner der Geschäftsleitung und Belegschaft der Metallwarenfabrik Schwer, sowie der Sportgemeinschaft Triberg, dem Sängerbund und den Schulkameraden, für die letzte Ehrung und Kranzniederlegung an seinem Grabe. Ferner danken wir für alle Kranz-, Karten- und sonstigen Spenden, sowie all denen, die ihn zur seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Triberg, im Februar 1949.

Die Trauernden:  
Käthe Fasold, geb. Schmidt  
Mutter Johanna Fasold  
Familie Josef Fasold  
Familie Otto Fasold  
und Anverwandte.

# Deutschland

## Weg und linweg

**150 Jahre deutsche Geschichte  
von Professor Roy Pascal**

Mit seltener Sachlichkeit und Bündigkeit läßt der engl. Verfasser die Ereignisse und Zusammenhänge seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts an uns vorbeiziehen. Immer sind es die Fülle und die gute Auswahl der wesentlichen Tatsachen — und nicht Behauptungen oder Spekulationen — die ein ausgewogenes Bild liefern. Indem er die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflüsse in ihrer Verflechtung und Wechselwirkung aufzeigt, enthüllt er die letzten Ursachen für das ständige Nebeneinander von demokratischen Versuchen und nationalistischen Erfolgen in der deutschen Geschichte.

Broschiert DM 1.— Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg, sowie durch sämtliche Geschäfts-Stellen, Agenturen und Zeitungsausträger von „UNSER TAG“.

**Milchentrainer DRPa.**  
für Ziegenhalter usw., 100%ig zuverlässig, der Zentrifuge gleichwertig, DM 19,50 und Versandkiste DM 1,50.

**Schnell-Buttermaschine DRGma.**  
DM 15.— (3 Lit.), DM 20.— (5 Lit.) und Versandkiste DM 1,50. Gegen Nachnahme unfrei.

Beide Geräte aus Reinaluminium, beste Handwerksarbeit! Täglich hoher Auftragsengang durch Nachbestellungen und Weiterempfehlung. Bestellen Sie noch heute!  
(32-198)

**Franz Rumier (20 b) Seesen/Harz**

**Autogene Schweißapparate**  
Geräte, Schlauch — Schweiß- und Lötlmittel und Annahme von Reparaturen

**AUTOGEN-SCHURIG, Wyhlen**  
Baden  
Der Fachlieferant seit 1925.

**Hundevermittlung!**  
An- und Verkauf von Rasenhunden. — Zucht-, Pflege- und Dressur-Anstalt — hat zu verkaufen:

1 Schäferhund, 1jährig, auffallend schönes Tier, äußerst wachsam, Farbe: fuchsbraun,  
2 Jungtiere (Schäfer 1/1-7 Wochen alt), 1 Foxterrier, reinrassig, 10 Monat alt, sehr wachsam, 1 schwarzer Spitzer, 7 Monate alt.

Fr. L. Fiedler, Haslach i. K., Eisenbahnstraße 14.

**Familie Munter 6**



Alfred, Munter's ältester Sohn, Sucht 'ne bessere Position. Der Verdienst, den jüngster fand, Reicht nicht für den Ehestand

Stellen immer mehr verknappten, Darum will es nicht recht klappen. Schließlich löst auch dies Problem Munter's Ineratsystem.

Sich're Stellung, angenehm, Ausbaufähig außerdem, Sorgt, daß Alfred's Chancen steigen:

**Nachruf - Danksagung**

Für die große Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels

## Wilhelm Harbrink

Vorsitzender der Meersburger Ortsgruppe der K. P.

sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank dem Vorsitzenden der K.P. Land Baden, Erwin Eckert, der K.P. Meersburg, der K.P. Markdorf und Ueberlingen, Frau Mia Bittel, Ueberlingen, der Gewerkschaft Meersburg und dem Verband der Körperbeschädigten Meersburg, für die Nachrufe und Kranzspenden.

Meersburg, im Februar 1949.

In tiefer Trauer:  
Frau Christine Harbrink, geb. Johae  
mit Kindern und Anverwandten.

**Kleinhäuser mit Finanzierung**  
Abzihg. 60-100 DM monatlich, 2 1/2 Zl., Kl., Dl., Ba., zerlegt. Baupläne, Prop., Kreditunterl., Beding. usw. geg. Unk.Nachn. durch (A-17-1)  
Gewerkschaft Kuppelstein  
11b) Mittenwald (Karwendel).

**Motorrad**  
fast neu, neu bereift, 350 ccm, mit Beiwagen, gegen Höchstangebot, ferner 500 ccm - A r d i preiswert abzugeben, Angebote an Siegel Albert, Oberkirch, Hauptstraße 36 (franz. Presse).

**Radio-Apparat**  
4 Röhren Super, Allstrom, Marke Lorenz, neues Gerät, für DM 400.— zu verkaufen. Angeb. u. 32-188 U. T. Offenburg, Postfach 361.

**Stellengesuche**

**Ältere Witwe**  
in allen Arbeiten durchaus bewandert, auch kleinere Landwirtschaft, sucht Stelle in frauenlosen Haushalt auf sofort (Kreis Säckingen bevorzugt) Angebote unter 32-195 an UT Offenburg, Postfach 361.

**Stellenangebote**

**Zuverlässiges Mädchen**  
für Küche u. Haushalt gesucht. Laubenhäde, Offenburg, Friedenstraße 1.

**Werber u. Freiverkäufer**  
bei guter Vergütung f. Freiburg (Stadt und Land) sofort gesucht. Näheres U. T., Geschäftsstelle Freiburg, Schwabentorstraße 1.

**Zeitungsträgerin**  
für Beutenhausen-Haslach gesucht. Bewerberinnen melden sich bei der Geschäftsstelle UT Freiburg, Schwabentorstraße 1.

**Großerfolg  
durch Kleinanzeigen!**